

Sozialdemokratische Partei (SP)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	3
1989	5
1990	7
1991	8
1992	10
1993	11
1994	13
1995	14
1996	16
1997	17
1998	19
1999	21
2000	23
2001	26
2002	28
2003	30
2004	32
2005	33

1987

Ein wechselvolles Jahr, geprägt von internen Auseinandersetzungen, Siegesgewissheit hinsichtlich der Wahlen und schliesslich der Wahlniederlage, brachte die Sozialdemokratische Partei (SP) hinter sich. Angefangen hatte die Unbill im **Tessin**, wo die **Mitglieder einer Arbeitsgemeinschaft für die Wiedervereinigung mit dem Partito socialista autonomo (PSA)**, unter ihnen der Fraktionspräsident der SPS, Nationalrat D. Robbiani, **aus der Parteisektion ausgeschlossen** wurden. Mit einer eigenen Liste, in Verbindung mit derjenigen der PSA, trat daraufhin die Arbeitsgemeinschaft bei den Kantonsratswahlen an und unterstützte zudem den von des PSA portierten Regierungsratskandidaten, der den SP-Sitz einnehmen sollte. Unverhofft gedieh der Streit zu einem sensationellen Sieg für die Sozialisten, da die Kandidaten beider Gruppen in die Regierung gewählt wurden und den populären CVP-Regierungsrat Fulvio Caccia verdrängten.

Auf der schweizerischen Ebene entspannen sich die Auseinandersetzungen auf zwei Seiten. Die starke **Parteimitte**, angeführt von der Geschäftsleitung mit Parteipräsident Hubacher, setzte ihre Hoffnungen vor allem auf eine neue rot-grüne Mehrheit im Parlament, vermied deshalb extreme programmatische Positionsbezüge und suchte – in der Deutschschweiz ein Novum und eine Abkehr von bisherigen Grundsätzen – in mehreren Kantonen Listenverbindungen mit den Grünen einzugehen, um ihren Willen zur Öffnung zu demonstrieren. Die Umweltproblematik schien dabei die sozialen Anliegen der Partei bisweilen zu überlagern, indem etwa dargelegt wurde, dass soziale Errungenschaften durch Unfälle, wie sie in Tschernobyl oder Schweizerhalle geschehen

seien, gegenstandslos werden könnten. Daneben wurde die **Parteilinke** zur Stille angehalten: Die Jungsozialisten (JUSO) liessen sich überreden, mit der Lancierung einer Volksinitiative für die Abschaffung des Ständerates bis nach den Wahlen zuzuwarten, und auch die Anregung von Zürcher Delegierten, das bürgerliche Sofortprogramm zur Entlastung von Familien bei der direkten Bundessteuer mit einer Neuauflage der 1977 nur knapp abgelehnten Reichtumssteuerinitiative zu beantworten, fand weder bei der Geschäftsleitung noch bei der Mehrheit der Delegierten Zustimmung. Auf der anderen Seite begegneten die **Gewerkschafter** der Bündnispolitik der SP mit Skepsis oder gar Ablehnung, da die Grünen für sie in sozialpolitischen Fragen nicht als verlässliche Partner gelten. Bundesrat Stich warnte in seiner Ansprache zum 1. Mai davor, das Bündnis zwischen demokratischem Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung zu gefährden, was nur dem politischen Gegner nützen könne. Trotzdem wurden auf Grund von regionalen Konstellationen in insgesamt acht Kantonen Listenverbindungen mit grünen und linken Parteien eingegangen.

Da das aus dem Jahr 1982 stammende Parteiprogramm die langfristigen Forderungen der SP noch immer gültig abdeckte und die kurzfristigen in einer Reihe von bestehenden Konzepten ausführlich dargelegt seien, **verzichtete die Partei auf ein Legislaturprogramm** für die Jahre 1987-91. Ausserdem müssten nun den schönen Worten der Bürgerlichen endlich auch Taten folgen, welche von der SP schon lange angestrebt worden seien. Als Beleg dafür wurde, in Anlehnung an den "Umwelttarif" der Umweltschutzorganisationen, ein **"Sozialtarif"** erstellt, der auf Grund von Namensabstimmungen zu sozialpolitischen Vorlagen, die während der vergangenen Legislaturperiode behandelt worden waren, vor allem den SP-Politikern ein grosses soziales Engagement bescheinigte.

Die SP büsste bei den **Nationalratswahlen** gegenüber 1983 nicht weniger als 4,4% Wählerstimmen ein und erreichte einen Anteil von noch 18,4%. Die Sitzzahl wurde dadurch von 47 auf 41 verringert, was ein **historisches Tief** seit der Einführung des Proporzwahlrechts im Jahre 1918 bedeutete. Dass dabei auch mehrere prominente Gewerkschafter die Wiederwahl nicht schafften, wurde in Verbindung mit dem mangelhaften, nicht auf die "Kerntruppen" der Arbeiterschaft ausgerichteten Profil der SP erklärt, die sich naiv als Zentrum einer neuen Mehrheit angepriesen habe. Insbesondere seien im Wahlkampf weniger die Wahlziele der Partei, als vielmehr die Stärkung verbündeter Gruppen im Vordergrund gestanden. Ausserdem leide die SP auch unter einem **Imageproblem**: Am Rand würden extreme Positionen wie die Abschaffung der Armee verteidigt oder die Selbstverwaltung gefordert, während das Zentrum keine sozialen Anliegen vertrete, welche den Wählern wichtig schienen. Die SP hätte sich auch in eine defensive Rolle drängen lassen, indem sie als Verteidigerin von Staat, Steuern und Bürokratie gelte und vor neuen Technologien, flexibler Arbeitszeit und wirtschaftlichem Strukturwandel warne.

Auch der Gewerkschafter Fritz Reimann betonte nach den Wahlen, die SP habe sich thematisch von den Sorgen der Arbeiter entfernt, und es würden vornehmlich akademische Fragen diskutiert. Er forderte deshalb die Gewerkschafter auf, wieder aktiver zu werden und auch die Personalpolitik in der Partei mitzubestimmen. R.H. Strahm, der schon bisher für eine geschlosseneren, pragmatische Ausrichtung der Partei eingetreten war, warnte davor, die SP zu einem Sammelbecken für Minderheiten werden zu lassen, und forderte klarere Strukturen, ein neues Parteikader und eine **bessere programmatische Integration von drängenden**

wirtschaftspolitischen und ökologischen Problemen. Im Gegensatz dazu wehrte sich A. Gross dagegen, einfach ein neues "Management" einzusetzen und nur punktuell auf immer neue Probleme zu reagieren. Im Gegenteil sei eine kreative Auseinandersetzung mit den vielfältigen Problemen der Gegenwart nötig, wobei die SP modellhaft eine echte Demokratisierung vorleben müsse und nicht wie die andern "auf dem Zeitgeist mitsurfen" dürfe.

Markante Verschiebungen bei der **Anhängerschaft der SP** ermittelte die VOX-Analyse. So ging der Anteil der Arbeiter unter den die SP wählenden Erwerbstätigen innert acht Jahren um die Hälfte auf noch 23% zurück; bezüglich der Altersstruktur wurde eine relative Verschiebung von den 40-65jährigen auf die ältere und die jüngere Generation festgestellt, wobei jedoch für die Erstwählenden die SP nicht attraktiv war.

Die 1982 in Basel-Stadt von der SP abgespaltene **Demokratisch-soziale Partei** erhielt, nach der im Vorjahr erfolgten Gründung einer Schwesterpartei in Baselland, auch einen Ableger im Kanton **Graubünden**. Hier trennten sich nach den Nationalratswahlen sechs als gemässigt geltende Grossräte von Fraktion und Partei, um der von links-ökologisch orientierten Mitgliedern dominierten SP eine Alternative entgegenzustellen.

1988

Mehr als für die anderen Regierungsparteien bestand für die SP Grund, nochmals auf die Nationalratswahlen vom 18. Oktober des Vorjahres zurückzukommen. Diese hatten nicht die von der Partei erhoffte rot-grüne Wende in der schweizerischen Politik gebracht, sondern mit einer herben Niederlage der SP, die einen Fünftel ihres Stimmenanteils verlor, geendet. Der rechte Parteiflügel und Gewerkschaftsvertreter sahen die Ursache dafür in einer Vernachlässigung der Anliegen der Arbeitnehmer sowie in einer zu starken Annäherung an andere linke und grüne Gruppierungen und oppositionelle Bewegungen. Die **Parteileitung** widersprach dieser Einschätzung und **verneinte die Notwendigkeit eines Kurswechsels**. Gemäss ihrer Analyse ist die SP auf dem richtigen Weg, wenn sie sich parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung von einer traditionellen Arbeiterpartei zu einer "ökosozialen Partei" wandelt. Entscheidend für die Wahlniederlage seien nicht programmatische Fehler gewesen, sondern ein Ungenügen im Bereich der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie Mängel in der Wahlkampfführung in einzelnen Kantonen.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz feierte 1988 ihr **hundertjähriges Bestehen**. Dieser Anlass bot Gelegenheit zu einem Rückblick auf die Geschichte und zu Ausblicken auf die zukünftige Politik der SP, welche sich auch publizistisch niederschlugen. In einem von der Partei herausgegebenen Sammelband stellten parteinahe Historiker und Historikerinnen die Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie dar. Neben dieser Retrospektive befassten sich zwei weitere Bücher mit den Zukunftsaussichten der Partei. Das eine, dessen Autoren in ihrer Mehrheit dem Parteizentrum zuzuordnen sind, setzt sich mit den Ideen auseinander, die von der sich selbst als reformistisch bezeichnenden "**SP-Arbeitsgruppe Perspektiven**" entwickelt und seit 1986 parteiintern diskutiert worden sind. Die Perspektivengruppe vermied zwar einen direkten Angriff auf das gültige Parteiprogramm von Lugano, plädierte aber für eine pragmatischere und wählernähere Politik, die sich "die Reform und die Modernisierung der Industriegesellschaft" zum

Ziel setzt. Diese Thesen stiessen nicht nur bei der Parteilinken auf Kritik, sondern auch bei Vertretern der sich ebenfalls dem Zentrum zuordnenden Geschäftsleitung. So warf der leitende Zentralsekretär der SP, André Daguet, den Perspektiven einen zu kurzen Zeithorizont und eine zu grosse Verhaftung in der Mechanik der Bundeshauspolitik vor. Eine Gruppe von Autorinnen und Autoren, die vorwiegend der Zürcher Parteilinken zuzuordnen sind, veröffentlichte ihre Strategievorstellungen, aber vor allem auch Texte über ihre persönlichen Erfahrungen innerhalb der Partei in einer eigenen Schrift.

Mit dem ordentlichen **Parteitag vom 7.-9. Oktober** in Zürich fanden die **Jubiläumsfeiern** ihren Höhepunkt. An diesem Anlass galt es zwar auch über Anträge zu entscheiden und Wahlgeschäfte zu erledigen, er stand jedoch weitgehend im Zeichen einer Diskussion über Geschichte und Zukunft der SP. Obwohl dabei durchaus kontroverse Voten zu hören waren, blieben wegweisende Beschlüsse oder gar ein Aufbruch zu neuen Ufern aus. Machtkämpfe zwischen den eher technokratisch orientierten 'Machern' der Perspektivengruppe und denjenigen, welche die Partei als breites Sammelbecken für oppositionelle Bewegungen konzipieren möchten, wurden tunlichst vermieden. Die Delegierten bestätigten den seit 1975 amtierenden Parteipräsidenten Helmut Hubacher mit Applaus für eine weitere Zweijahresperiode; ein Wechsel an der Parteispitze wurde allerdings für den nächsten ordentlichen Parteitag von 1990 in Aussicht gestellt. Zu der für SP-Verhältnisse ungewohnt konfliktarmen Atmosphäre hatte sicher der Beschluss der Parteileitung beigetragen, sich den Forderungen der Parteilinken nach der Durchführung eines Sonderparteitags über die Armeeabschaffungsinitiative nicht zu widersetzen. Damit konnte die Behandlung dieses für die Partei einigen Zündstoff beinhaltenden Themas auf das nächste Jahr verschoben werden.

Bei den eidgenössischen Volksabstimmungen gab die SP zur NA-Initiative gegen die Überfremdung die Nein- und zu den übrigen vier Vorlagen die Ja-Parole aus. Unmittelbar nach den Urnengängen vorgenommene Umfragen zeigten, dass die SP auch nach ihrem Schrumpfungsprozess nicht auf eine ideologisch homogene **Wählerschaft** zählen kann. Ihre Parolen für die zum Entscheid anstehenden Volksinitiativen wurden – ausgenommen die NA-Initiative – von ihren eigenen Sympathisanten weniger gut befolgt als dies bei den grossen bürgerlichen Parteien der Fall war. So lehnte gut die Hälfte von ihnen die von der SP unterstützte PÖCH-Initiative für eine Senkung des Rentenalters ab. Bei der Stadt-Land-Initiative folgten 64% der SP-Sympathisanten der Parole ihrer Partei, während die Gefolgschaft bei der FDP und der SVP je 87% und bei der CVP 79% betrug. Aber auch gewerkschaftliche Anliegen fanden bei den mit der SP sympathisierenden Befragten keine uneingeschränkte Zustimmung: 24% sprachen sich gegen die Initiative des SGB für die 40-Stunden-Woche aus.

Bei den letzten Nationalratswahlen hatten auf den SP-Listen namentlich die **Gewerkschaftsvertreter** schlechte persönliche Resultate erzielt und waren zum Teil nicht bestätigt worden. Eine Analyse der Panaschierstimmen ergab, dass es den Gewerkschaftern in der Regel viel weniger als den Kandidierenden des ökosozialen Flügels gelungen war, Zusatzstimmen von parteifremden Wählern zu gewinnen. Als Gegenstrategie schlug der Verfasser der Analyse das Aufstellen von eigenen, mit der SP verbundenen Listen vor. Diesen Rat setzten die Gewerkschaften bei den **Wahlen** ins St. Galler Kantonsparlament in der Hauptstadt und zwei weiteren Bezirken in die Tat um. Sie begründeten ihr Vorgehen allerdings nicht mit der eigenen

Schwäche, sondern mit dem Bestreben, das Stimmenpotential der zu Stimmanstänzen neigenden Arbeitnehmer besser zu nutzen. Ihrer Ansicht nach hat die SP, deren Stimmenanteil bei den letzten Nationalratswahlen im Kanton St. Gallen von 16,3% auf 11,4% geschrumpft war, mit ihrer ökologischen Ausrichtung jegliche Attraktivität für Arbeiter und Angestellte verloren. Das Experiment war insofern erfolgreich, als die beiden Listen zusammen einen etwas höheren Stimmenanteil erzielen konnten, als die SP-Liste im Jahr 1984. Die St. Galler SP vermochte ihre Position freilich ebenfalls zu behaupten, als bei den städtischen Wahlen vom Herbst die Kandidaten des SGB wieder auf ihrer Liste figurierten. Auch die Wahlen in andere kantonale Parlamente deuteten darauf hin, dass die SP die Talsohle ihrer Popularität erreicht haben könnte. Sie verlor zwar noch überall leicht an Stimmenanteilen, die Mandatsverluste hielten sich aber in Grenzen. In den beiden Städten Bern und Biel – zwei ehemalige Hochburgen der SP – erlebte sie eine gegensätzliche Entwicklung: in der Hauptstadt sank ihr Stimmenanteil von 27,1% auf 23,5%, in Biel nahm er hingegen von 37,1% auf 42,2% zu.

In Freiburg kam es nach einem seit längerer Zeit schwelenden Konflikt zum offenen Bruch zwischen dem am rechten Parteiflügel stehenden Staatsrat **Félicien Morel** und der kantonalen Partei. Nachdem Versöhnungsverhandlungen gescheitert waren, erklärte der ehemalige Chef der SP-Nationalratsfraktion am 19. November an einer Delegiertenversammlung den sofortigen Parteiaustritt und kündigte an, dass er bei den nächsten Exekutivwahlen seinen Sitz verteidigen wolle. Mit einigen Gesinnungsgenossen aus den welschen Bezirkssektionen bereitete er gegen Jahresende die Gründung eines kantonalen "parti social-démocrate" vor. In Baselstadt besteht eine derartige Abspaltung um Regierungsrat Schnyder schon seit 1982 unter dem Namen **Demokratisch-Soziale Partei (DSP)**. Nachdem in den beiden vergangenen Jahren in Baselland und Graubünden Schwesterparteien gegründet worden waren – wovon erstere 1988 allerdings nicht mehr aktiv war – nahm die DSP im Berichtsjahr die Diskussion über die Gründung einer gesamtschweizerischen Partei auf.

1989

Als zentrales Ereignis für die SP galt im Berichtsjahr der ausserordentliche Parteitag vom 3. Juni, an welchem die **Parole für die GSoA-Initiative** beschlossen werden sollte. Der Vorstand gab bereits im Januar seine Empfehlung zuhanden des Parteitags bekannt. In einer Eventualabstimmung hatte sich eine Patt-Situation von 28 Stimmen für ein Ja und 28 Stimmen für ein Nein ergeben, in welcher der Parteipräsident Hubacher den Stichentscheid zu einer Nein-Parole fällte. Angesichts dieses knappen Ergebnisses entschied sich der Vorstand für den Vorschlag der **Stimmfreigabe**. Dahinter steckte auch die Absicht, zu vermeiden, dass innerhalb der Partei während neun Monaten leidenschaftliche Diskussionen für und wider die Armeeabschaffung und die Parteiparole geführt würden, die unter Umständen zu einer Spaltung der SP führen könnten. Um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, die SP habe zur Landesverteidigung keine eigene Meinung, legte der Vorstand ein Diskussionspapier mit Forderungen für eine Armee reform vor.

Unverzüglich nach diesem Vorstandsbeschluss setzte die **Kritik von seiten der bürgerlichen Parteien** und dabei insbesondere von der SVP ein. Der Vorwurf lautete, die **Regierungsbeteiligung** werde damit aufs Spiel gesetzt, da das Bekenntnis der SP zu Armee und

Landesverteidigung praktisch Bedingung für die Aufnahme in den Bundesrat gewesen sei. Die Armee als Garant der äusseren Sicherheit sei ein zu wichtiges Element der schweizerischen Staatsordnung, als dass es sich eine Regierungspartei erlauben könne, nicht zu ihr zu stehen. Die FDP und die CVP reagierten etwas zurückhaltender. Aber auch sie betonten, dass im Falle einer Ja-Parole der SP für die GSoA-Initiative, ein Verbleiben dieser Partei in der Regierung kaum sinnvoll wäre. Für die Parteileitung der SP stellte sich die Frage eines Austritts aus dem Bundesrat nicht, und auch die Basis zeigte keine Lust, die grundsätzliche Diskussion über die Regierungsbeteiligung aus dem Jahre 1984 nochmals aufzurollen. Die SP vermied es deshalb, Öl ins Feuer zu giessen. Bei der kurz nach dem Vorstandsbeschluss stattfindenden Ersatzwahl für Bundesrätin Kopp unterstützte sie den Kandidaten des Freisinns und nicht die vom Landesring und den Grünen vorgeschlagene Monika Weber (Idu, ZH), mit deren Kandidatur die Zauberformel gesprengt werden sollte.

Die Meinungsbildung in den SP-Sektionen verlief zwar animiert, zu der von der Parteileitung befürchteten ZerreiSSprobe entwickelte sie sich aber nicht. Am **Parteitag vom 3. Juni** stimmten die Delegierten nach einer fünfstündigen Diskussion in einer Eventualabstimmung mit 641 gegen 259 Stimmen für die Unterstützung der Initiative; diesem Ja wurde dann der Antrag auf Stimmfreigabe gegenübergestellt, auf den 583 Stimmen entfielen; 370 Delegierte waren gegen Stimmfreigabe. Nur gerade drei Kantonalparteien (Genf, Jura und Nidwalden) und die Jungsozialisten, welche aktiv am Zustandekommen der Initiative beteiligt gewesen waren, konnten sich dieser Entscheidung nicht anschliessen und empfahlen ein Ja. Die Vox-Analyse nach der Volksabstimmung zeigte, dass eine knappe Zweidrittelmehrheit der SP-Sympathisanten für die Abschaffung der Armee gestimmt hatte.

Bei den anderen Volksabstimmungen war der Positionsbezug der SP einfacher und eindeutiger. Sowohl die Ja-Parole zur Kleinbauerninitiative wie auch das Nein zu Tempo 100/130 wurden im Parteivorstand einstimmig gefasst. In Fragen der **Umweltschutz- und Verkehrspolitik** scheint in der SP ein Konsens erreicht worden zu sein, der bei den drei anderen Regierungsparteien noch weitgehend fehlt. So gab der Beschluss zur Unterstützung der Alpeninitiative, welche sich gegen den Strassentransit durch die Alpen richtet, zu keinen Kontroversen Anlass. Längerfristig möchte die SP das schweizerische Steuersystem zu einem Instrument des Umweltschutzes ausgestalten: Rohstoffe und Energie sollten stärker, Arbeit und Kapital hingegen schwächer belastet werden.

Bei den **kantonalen und kommunalen Wahlen** konnte die SP im Berichtsjahr einige Erfolge erzielen. Im Kanton Aargau erlitt sie aber mit sieben Sitzverlusten eine herbe Niederlage. Eine zu einseitig gewerkschaftlich ausgerichtete Politik und zu wenig Risikofreude in der Allianzbildung mit neuen sozialen Bewegungen wurden als Gründe für diesen Misserfolg angeführt. In allen anderen Kantonen gewann sie Sitze hinzu: einen in Solothurn, zwei im Wallis und je drei in Genf und Neuenburg. Auch bei den städtischen Wahlen in Lausanne gewannen die Sozialdemokraten zwei Parlamentsmandate hinzu und eroberte zudem mit Yvette Jaggi auch das Amt der Stadtpräsidentin.

1990

Das bedeutendste Ereignis für die SP war der **Rücktritt des Parteipräsidenten Helmut Hubacher (BS)** nach 15jähriger Amtsdauer. Unter seiner Regie hatte die SP eine starke Veränderung durchgemacht und sich von einer traditionellen Arbeiterpartei zu einer zwar immer noch sozialen, aber auch stark ökologisch orientierten Partei gewandelt. Diese Entwicklung war begleitet gewesen von einer Umschichtung der Anhängerschaft und von massiven Verlusten bei Wahlen. Als Nachfolger wurde am Parteitag in Basel am 28. April der 38jährige Rechtsanwalt und Nationalrat **Peter Bodenmann (VS)** mit 634 Stimmen gewählt; seine Mitkonkurrentin, die Solothurner Nationalrätin Ursula Ulrich erreichte 269 Stimmen. Ausschlaggebend für Bodenmanns Wahl dürfte der entschiedene, kantige und wenig kompromissbereite Stil, mit dem er bisher politisiert hatte, gewesen sein. Im Gegensatz dazu hatte seine Konkurrentin eher den Ruf einer zur Konzilianz neigenden Pragmatikerin.

Bürgerliche Politiker mahnten im Vorfeld des Parteitags, dass im Falle einer Wahl des aggressiven und polarisierenden Bodenmanns die **Konkordanzdemokratie** in Gefahr gerate und dass ein Ausschluss der SP aus der Regierung denkbar würde. Verstärkt wurde diese Diskussion um die Fortführung des Konkordanzsystems anlässlich der Parlamentsdebatten um militärische Bauten – insbesondere der geplante Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen erregte die Gemüter – und Rüstungsvorhaben, bei denen die SP konsequent in Opposition zu den drei andere Bundesratsparteien stand. Auch für die CVP-Fraktion schien nun der Augenblick gekommen, in dem sich die SP entscheiden müsse, ob sie weiterhin Bundesratspartei bleiben wolle. Vorgeworfen wurde der SP von den bürgerlichen Bundesratsparteien auch, dass sie als Regierungspartei nicht zu ihrer Mitverantwortung für den Fichenskandal stehe, sondern diesen propagandistisch zur eigenen Profilierung ausnutze.

Lokale **interne parteipolitische Schwierigkeiten** ergaben sich in der Stadt Zürich, wo Stadträtin **Emilie Lieberherr**, seit 20 Jahren Direktorin des Sozialamts, mit der Begründung mangelhafter Parteisolidarität in Sach- und Personalfragen aus der Partei ausgeschlossen wurde. Im Kanton Freiburg trat Staatsrat **Denis Clerc** nach langen Auseinandersetzungen aus der Partei aus; damit hat nach Félicien Morel, mit welchem Clerc allerdings ebenfalls zerstritten ist, auch der zweite auf der SP-Liste gewählte Staatsrat die Partei verlassen.

Die SP lanciert zusammen mit dem Gewerkschaftsbund die **Volksinitiative** "Für den Ausbau von AHV und IV", welche eine Festigung der ersten Säule auf Kosten der Pensionskassen vorsieht. Ausserdem spannte sie mit dem LdU und der Arbeitsgruppe für eine neue Agrarpolitik (NAP) zusammen, um nach dem Scheitern der Kleinbauerninitiative gemeinsam die Volksinitiative "Bauern und Konsumenten" zu lancieren; das Begehren will mit wirtschaftlichen Anreizen eine ökologischere und tierfreundlichere Produktion von höherer Qualität und bei geringeren Überschüssen erreichen.

Der SP-Vorstand verabschiedete zuhanden des Parteitags vom Frühjahr 1991 eine Europa-Manifest, worin er seine Vorstellungen in bezug auf die Beteiligung der Schweiz an der **europäische Integration** definiert. Darin befürwortet sie einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft, knüpft diesen aber an gewisse Bedingungen. So erwartet sie von

der EG Ausnahmebestimmungen für die Schweiz in den Bereichen Verkehr, Umweltschutz und Einwanderung.

Für die **eidgenössischen Abstimmungen** beschloss der Parteivorstand Stimmfreigabe zum Rebbaubeschluss, ein Ja zu den Volksinitiativen für die Beschränkung des Strassenbaus und ein Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege. Beim zweiten Abstimmungspaket empfahl die SP die Ja-Parole zum Energieartikel und zu den beiden Atominitiativen und die Nein-Parole zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes. Bei den Strassenbauvorlagen machten allerdings die meisten französischsprachigen Kantonalparteien den ökologischen Kurs der Parteileitung nicht mit.

Bei den **Wahlen** konnte die SP im Berichtsjahr in sämtlichen Kantonen, in welchen sie schon vertreten war, ihre Position entweder halten oder ausbauen; dies gilt insbesondere für den Kanton Bern, wo sie acht Sitzgewinne verbuchen konnte. Grosse Gewinne erzielte sie auch in der Stadt Zürich, wobei sie dieses Resultat, angesichts des stagnierenden Wähleranteils, den Allianzen mit kleineren Parteien aus dem links-grünen Spektrum und dem Proporzglück verdankte. Die SP war damit auf dem besten Wege, das ihr spätestens seit den nationalen Wahlen von 1987 anhaftende Verliererimage abzulegen.

1991

Das vom SP-Vorstand im Jahre 1990 vorbereitete "**Manifest für Europa**" wurde am 2. März am Parteitag in Bern von den Delegierten ohne Gegenstimme und bei wenigen Enthaltungen gutgeheissen. Im Manifest fordert die SP den Bundesrat auf, Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft aufzunehmen, formulierte aber zahlreiche Bedingungen für einen Beitritt. Gemäss den Ausführungen der Partei sei die real existierende EG in vielen Bereichen weit von ihren Vorstellungen eines föderalistisch-demokratischen, sozialen, ökologischen und weltweit solidarischen Europa entfernt; trotzdem sehe sie die Lösungsansätze für die verschiedenen Probleme nur in einer gemeinsamen supranationalen Politik. Sonderfallregelungen für die Schweiz sollten laut dem Manifest in den Bereichen des Lastwagentransitverkehrs sowie der Umweltschutz- und Energiesparziele durchgesetzt werden. Für ihre Zustimmung zu einem Beitritt der Schweiz zur EG stellte die SP aber auch innenpolitische Bedingungen. Diese beinhalten eine gerechte Verteilung neu erwirtschafteten Reichtums zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, eine ökologische Landwirtschaftspolitik, einen Abbau der Militärausgaben und eine Verstärkung der direktdemokratischen Instrumente in den Bereichen, die nicht durch europäisches Recht abgedeckt werden.

Im übrigen verabschiedete die Delegiertenversammlung ebenfalls ein **Manifest zur Gleichstellung von Frau und Mann**. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Beruf und Politik soll in zehn Jahren erreicht werden. Als dritter Schwerpunkt wurde die Lancierung von **zwei Volksinitiativen im Bereich der Sicherheitspolitik** beschlossen. Unter den Titeln "Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr" resp. "Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik" wurden die Initiativen unter Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) sowie des Christlichen Friedensdienstes (CFD) im Mai lanciert. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Gruppe Schweiz ohne Armee

(GSoA) und über zwanzig friedens- und entwicklungspolitische Organisationen unterstützten die Initiativen. Vor der Initiativlancierung stellte die Partei die "Grundlagen zur Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik" vor, welche eine Art Gegenvorschlag zum im April veröffentlichten "Sicherheitsbericht 90" des Bundesrates darstellte.

Im Berichtsjahr eingereicht hat die SP die gemeinsam mit dem SGB lancierte Volksinitiative "Zum Ausbau von AHV und IV".

Im Vorfeld der Wahlkampagne griff die Partei den Problemkreis der **Asylpolitik** auf; der Parteivorstand hiess in einem **Thesepapier** die Beschleunigung des Asylverfahrens, die prinzipielle Aufnahme von Tamilen sowie Kurden aus dem Südosten der Türkei als Gewaltflüchtlinge und die Einsetzung einer Unabhängigen Beschwerdeinstanz gut. Im übrigen forderte die SP, dass Asyl grosszügiger gewährt wird und führte aus, dass es mit einer liberaleren Anerkennungspraxis einfacher wäre, negative Entscheide konsequent zu vollziehen.

Hinsichtlich der **eidgenössischen Abstimmungen** beschloss die Partei die Ja-Parolen für die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, für das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 und für die Finanzvorlage, hingegen lehnte sie die Barras-Reform, welche sie als Rückschritt in der Behandlung von Dienstverweigerern betrachtete, ab.

Uneinigkeit bestand innerhalb der Partei in bezug auf die Frage des **Beitritts der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank**. Nachdem das Parlament und unter anderem auch eine Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten einen Beitritt befürwortet hatten, setzte sich im Parteivorstand an einer Sitzung, an welcher weniger als die Hälfte der Mitglieder teilnahmen, eine knappe Mehrheit von 25 gegen 22 Stimmen für die Unterstützung des Referendums gegen den Parlamentsbeschluss durch; damit stellte sich der Vorstand gegen ihren massgeblich an der Vorlage beteiligten Bundesrat Stich. Nach dem Vorstandsentscheid haben mehr als die Hälfte der Fraktionsmitglieder einen Aufruf gegen das Referendum unterschrieben.

Eine bei der Bundesanwaltschaft eingereichte Strafanzeige der SP-Fraktion gegen die Verantwortlichen der Geheimorganisationen P-26 resp. P-27 bewirkte bei den bürgerlichen Regierungsparteien – genauso wie die armeekritische Haltung der SP – Unmut, der zu einer erneuten Diskussion über die Berechtigung einer SP-Regierungsbeteiligung führte.

Sowohl die seit über zwei Jahren zu beobachtende "Normalisierung" der Verhältnisse innerhalb der Partei, welche sich in einer Ablösung der offenen Flügelkämpfe durch eine Harmonisierung unter den verschiedenen Parteioxponenten sowie durch ein entspanntes Verhältnis zu den Gewerkschaften ausdrückte, als auch hinzugewonnene Mandate bei kantonalen Wahlen führten im Vorfeld der **eidgenössischen Wahlen** in der SP zu Hoffnungen, die Partei könne wieder eine Wählerschaft von über 20% ansprechen und Sitze zurückgewinnen. Diese Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Die SP stagnierte auf dem Stand der letzten Wahlen und verlor zusätzlich zwei Mandate im Ständerat; die Wahl für die drei übrig gebliebenen Sitze in der kleinen Kammer wurde erst im zweiten Wahlgang zu ihren Gunsten entschieden. Erfolgreicher war die SP hingegen bei den kantonalen Wahlen: insgesamt gewann sie 13 Mandate, davon 9 allein im Kanton Zürich.

Die VOX-Analyse ergab, dass die SP – wie auch die SVP – über eine wesentlich jüngere Wählerschaft verfügt als die FDP und die CVP. Wie bei keiner anderen Partei dominierten unter den Wählern und Wählerinnen der SP die mittleren Angestellten und Beamten; der Anteil der einfachen Angestellten und Arbeiter entsprach bei der ehemaligen Arbeiterpartei hingegen dem Mittel aller Parteien.

1992

Im Zusammenhang mit der Vorauszahlung von 50 Mio Fr. für die geplante Beschaffung der 34 F/A-18 Kampfflugzeuge drohte Parteipräsident Bodenmann, **eine Strafanzeige gegen Bundesrat Villiger einzureichen**. Seiner Meinung nach war das finanzielle Vorengagement des Bundesrats vor einem entsprechenden Parlamentsbeschluss widerrechtlich. Das Vorpellen Bodenmanns wurde sowohl von den andern Regierungsparteien als auch teilweise intern heftig kritisiert, unter anderem weil er mit seiner Drohung an die Öffentlichkeit gelangte, bevor das von der SP in Auftrag gegebene Rechtsgutachten abgeschlossen war. Bodenmann entschuldigte sich zwar vor dem Parteivorstand für sein Vorgehen, doch wurde die Regierungsbeteiligung der SP durch die bürgerlichen Bundesratsparteien erneut in Frage gestellt, nachdem die SP auch noch der GSoA-Initiative "Gegen den Kauf der F/A-18 Kampfflugzeuge" ihre Unterstützung zugesagt hatte.

Im Kanton **Tessin** haben die beiden sozialistischen Organisationen, die Tessiner Sektion der SP und der 1969 abgespaltene "Partito socialista autonomo" (PSA) wieder fusioniert. Die ursprünglich revolutionären und utopischen Zielsetzungen des PSA waren bereits vor der Fusion zugunsten der sozialdemokratischen Bestrebungen für eine soziale und ökologisch ausgerichtete Marktwirtschaft in den Hintergrund getreten.

Unbefriedigt von der Zusammenarbeit mit den kantonalen Parteisekretariaten in der Romandie, welche nach Ansicht der nationalen Parteileitung "verbürgerlicht" sind, unternahm die Parteileitung **erste Schritte**, in der Westschweiz vermehrt auch **mit der extremen Linken** zusammenzuarbeiten.

In der **Drogenpolitik** verlangte die SP eine Entkriminalisierung von Besitz und Erwerb von Drogen zum Eigenkonsum. Ferner soll der Handel mit Cannabis-Produkten freigegeben werden, und langfristig wünscht sich die Partei eine stufenweise Legalisierung aller Drogen. Grundsätzliche Differenzen bezüglich der langfristigen Ziele bestanden freilich zwischen liberalen Deutschschweizern und restriktiveren Romands.

Von den Bundesratsparteien legte die SP bezüglich ihrer **Haltung zum EWR** schon weit im Vorfeld der Abstimmung die grösste **Geschlossenheit** an den Tag, ohne jedoch interne Kritik – vor allem seitens der Verteidiger direktdemokratischer Instrumente – zu ersticken. Die Partei akzeptierte den EWR als Übergangslösung und forderte innenpolitische Reformen als **flankierende Massnahmen** in den Bereichen Sozial- und Umweltpolitik. Als mittelfristiges Ziel sprach sich die SP allerdings für einen EG-Beitritt aus, da nur ein solcher gleichberechtigte Mitsprache und –verantwortung gewähre. Mit 47 zu 4 Stimmen beantragte der Vorstand, am Parteitag von Genf die Ja-Parole zu fassen. Die Delegierten folgten diesem Antrag mit 521 zu 62 Stimmen – entgegen den Voten von Nationalrat Gross (ZH) sowie der Nationalrätin von Felten

(BS), welche das Vertragswerk als undemokratisch und zu wirtschaftsfreundlich resp. sexistisch ablehnten –, obwohl in der Sondersession zum Eurolex die Forderung nach flankierenden Massnahmen nicht durchgesetzt werden konnte. Drei Wochen vor der Abstimmung über den Beitritt zum EWR äusserte Parteipräsident Bodenmann im parteiinternen Pressedienst, nur ein Wunder könne noch ein Ja zum EWR bringen, worauf vor allem die Neuenburger Sektion bemängelte, der Präsident habe zu früh resigniert. Die Vorwürfe seitens der Romands wurden nach der Verwerfung des EWR-Abkommens erneut erhoben.

Nach der Ablehnung des EWR-Vertrags reichte die SP-Fraktion eine Interpellation zur **Totalrevision der Bundesverfassung** ein, in welcher sie unter anderem die Neukonzeption der schweizerischen Aussenpolitik als wichtiges Element einer revidierten Bundesverfassung verlangte.

In der Frage des Beitritts der Schweiz zu den **Bretton Woods Institutionen** blieb die Partei gespalten. Nachdem der Parteitag 1990 der Vorlage unter bestimmten Bedingungen zugestimmt, sie 1991 jedoch nach den parlamentarischen Beratungen knapp abgelehnt hatte, beschloss der Vorstand – nach einer erneuten Verwerfung – auf Ersuchen von Parteipräsident Bodenmann die Stimmfreigabe. Widerstand wurde auch gegen die Unterstützung des Verfassungsartikels zur Fortpflanzungs- und Gentechnologie laut.

Die SP entschied sich auch für die Ja-Parole zur NEAT; einzig die Kantonalsektion Uri votierte für eine Ablehnung. Bodenmann unterstrich dazu, die NEAT mache allerdings nur Sinn, wenn sie mit einem Ja zur sogenannten Alpeninitiative, über welche das Volk 1993 oder 1994 abstimmen wird, verbunden werde.

Die SP-Fraktion reichte in der Wintersession fünf parlamentarische Initiativen zur **Ankurbelung der Wirtschaft** und gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit ein. Sie verlangte damit die Förderung von öffentlichen Investitionen, die Einführung einer Innovationsrisikogarantie sowie zusätzliche Massnahmen in der Weiterbildung.

Bei kantonalen und kommunalen **Wahlen** konnte die SP insgesamt sieben Mandate zulegen, steigerte jedoch ihren Wähleranteil nur unwesentlich; die Entwicklung in den einzelnen Kantonen und Städten verlief sehr unterschiedlich, so dass keine klare Tendenz zu beobachten war. Wie die FDP verlor auch die SP im Bieler Gemeinderat ein Mandat.

1993

Die **Bundesratsersatzwahl** für René Felber bot erneut Anlass zu Diskussionen über das Verbleiben der SP in der Regierung resp. über die Möglichkeit, in die Opposition zu gehen. Nachdem die Parteileitung angekündigt hatte, für den Fall einer Nicht-Wahl von Bundesratskandidatin Brunner (GE) keine Krisenszenarien öffentlich zu diskutieren, unternahmen verschiedene Partei-Exponenten dennoch entsprechende Schritte. Die Nichtwahl Brunners hatte bei der SP im übrigen einen starken Zuwachs an Partei-Mitgliedschaftsgesuchen zur Folge. In Anlehnung an den ausserordentlichen Parteitag, welcher 1984 nach der Nicht-Wahl Lilian Uchtenhagens als Bundesrätin durchgeführt worden war, plante die Parteileitung nach dem

Scheitern Brunners erneut einen derartigen Parteitag zum Thema der Regierungsbeteiligung. Da sich die Begeisterung für das Thema nach der Bundesratsersatzwahl relativ rasch legte, kam gegen Ende des Berichtsjahres nur eine kleinere Tagung zu diesem Thema zustande, an welcher sich eine Mehrzahl der Beteiligten für das Verbleiben in der Regierung aussprach.

Die **Vorwürfe gegen SP-Nationalrat Ziegler** (GE), bei der Diffamierungskampagne gegen Christiane Brunner mitgewirkt zu haben, erregten grosses Aufsehen. Nach heftigen und lange währenden Auseinandersetzungen mit dem Fraktionsvorstand und der Parteispitze sowie nach Einreichung einer Klage wegen Persönlichkeitsverletzung gegen die Journalistin Duttweiler, welche die Diffamierungsgeschichte rund um Brunner in Buchform publiziert hatte, entschuldigte sich Ziegler dafür, mit seinen Äusserungen zum anonymen Brief gegen Brunner für Spannungen und Verwirrungen gesorgt zu haben.

Die **interne Kritik**, welche im Umfeld der Bundesratsersatzwahl am Führungsstil von Parteipräsident Bodenmann angebracht worden war, wuchs auch im Zusammenhang mit der Kursbestimmung der Partei in bezug auf den europäischen Integrationsprozess. Nachdem Bodenmann im September eine Wiederholung der EWR-Abstimmung gefordert hatte, protestierten die in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vertretenen SP-Fraktionsmitglieder gegen die dirigistische Zielformulierung des Parteipräsidenten. Die Option des EU-Beitritts war in ihren Augen durch Bodenmann allzustark in den Hintergrund gedrängt worden.

In der **Drogenpolitik** fand die Parteileitung keine Mehrheit zum Beitritt zur Trägerorganisation der "DroLeg"-Volksinitiative.

Die SP präsentierte eine neue **agrarpolitische Zielvorstellung**, in welcher das "Bio-Land Schweiz" das langfristige Ziel darstellt. Das Programm sieht vor, die Richtlinien für die Integrierte Produktion (IP) zu verschärfen und Beiträge oder Direktzahlungen des Bundes nur noch an diejenigen Bauern zu bezahlen, welche auf biologische Weise wirtschaften.

In den Entwurf des neuen **SP-Wirtschaftsprogramms** wurden der soziale, ökologische und feministische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft als programmatische Schwerpunkte für die nächsten zwölf Jahre aufgenommen. Dieser Entwurf sieht auch vor, mit verschiedenen fiskalischen Massnahmen eine Umverteilung der Steuern zu Lasten der Wohlhabenden und der florierenden Unternehmen vorzunehmen. Parteiinterne Kritiker warfen den Autoren des Papiers allerdings vor, sich allzu wirtschaftsfreundlich zu geben und die Grundsätze der Sozialdemokratie aufs Spiel zu setzen; insbesondere könne nicht einfach hingenommen werden, dass der Bruch mit dem Kapitalismus kein ausdrückliches Ziel mehr sei. Der Entwurf wurde in die Sektionen zur Stellungnahme gegeben.

Die welschen **Kantonalsektionen der SP** lancierten auf den 1. Mai hin eine **Wochenzeitung** mit dem Titel "**Jet d'Encre**". Diese sollte den sieben Kantonalparteien (inkl. Berner Jura) einerseits als gemeinsame publizistische Plattform dienen, andererseits aber auch Sprachrohr der gesamten Linken in der Romandie sein. Dass die neue Wochenzeitung mehr als nur Parteiorgan sein wollte, bekräftigte auch die Tatsache, dass der sechsköpfigen Redaktion journalistische Unabhängigkeit zugestanden wurde. Finanziert wurde das Blatt vorerst von den Kantonalsektionen. In den

Kantone Genf, Neuenburg und Wallis wollten die jeweiligen Parteisektionen ihr kantonales Organ jedoch nicht aufgeben, was den Start der neuen Publikation erschwerte. Da bis Jahresende nicht genügend Abonnenten gefunden werden konnten und die Kantonalparteien keine Defizitgarantie leisten wollten, musste das Blatt sein Erscheinen im Dezember wieder einstellen. Die endgültige **Einstellung** der "**Solothurner AZ**", ehemaliges Organ der SP, führte im Kanton Solothurn ähnlich wie im Aargau zu einem bürgerlichen Pressemonopol.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** unterstützte die SP mit Ausnahme der Tierschutzinitiative alle Volksinitiativen. Die Zustimmung zum Mehrwertsteuerepaket machte sie abhängig von der Zustimmung der bürgerlichen Parteien zum höheren Steuersatz sowie zur Verabschiedung eines Konjunkturförderungsprogramms. Die Revision der Arbeitslosenversicherung bekämpfte sie vergeblich mit dem Referendum. Die übrigen Beschlüsse des Parlaments empfahl sie, mit Ausnahme der Aufhebung des Spielbankenverbots, wo sie auf eine Empfehlung verzichtete, zur Annahme.

Zwar verlor die SP bei **kantonalen Wahlen** in den Kantonen Genf und Neuenburg zwölf Parlaments- und zwei Regierungssitze, sie gewann hingegen zwölf Sitze in den Kantonsparlamenten Aargau, Solothurn und Wallis, so dass sie ihre Bilanz zumindest in bezug auf die Parlamentssitze ausgeglichen abschliessen konnte. Im Kanton Genf waren die Verluste in Parlament und Regierung zu einem grossen Teil dem Konflikt um ihren bisherigen, aber statutengemäss nicht mehr nominierten Staatsrat Grobet zuzuschreiben. Die Anteile der gewählten SP-Frauen konnten weiterhin erhöht werden und erreichten im Aargau den Rekordwert von 65,9%. In die revidierten **Parteistatuten** wurde übrigens als wichtigste Neuerung eine Vorschrift eingeführt, welche in allen Organen der Partei einen Anteil von mindestens 40% Frauen verlangt.

1994

Die SP verabschiedete am Parteitag ihr **Wirtschaftsprogramm** für die Jahre 1994 bis 2005 unter dem Titel "Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten". Mit knappem Mehr entschieden die Delegierten, dass die **Reformen innerhalb des herrschenden kapitalistischen Systems** durchzuführen seien. Die Überwindung des Kapitalismus stelle für die nächsten zwölf Jahre kein Ziel der SP mehr dar, da die Partei der herrschenden Wirtschaftsordnung zurzeit kein grundlegend neues und glaubwürdiges Konzept entgegensetzen habe. Der Abschied von der traditionellen grundsätzlichen Kapitalismuskritik sorgte innerhalb der Partei für eine breite, kontroverse Diskussion. Nationalrätin Margrith von Felten (BS) schalt das Papier in einem Rückweisungsantrag als "Arrangement mit den herrschenden Verhältnissen". Ausserdem kritisierte die zentrale Frauenkommission der Partei, dass Frauenforderungen im Wirtschaftsprogramm zu wenig berücksichtigt würden. Insgesamt hatten über 400 Sektionen und Kantonalparteien Änderungsanträge eingereicht. Ein Antrag der Zürcher Kantonssektion, der forderte, das Ziel des sozialen Friedens sei aus dem Programm zu streichen, wurde von den Delegierten knapp und etwas überraschend mit dem Argument angenommen, die Sozialpartnerschaft werde von den Arbeitsgebern verletzt. Das über 100seitige Wirtschaftskonzept fordert eine sozialere und ökologischere Schweiz, mehr Wettbewerb und Transparenz der Schweizer Wirtschaft, eine neue Landwirtschaftspolitik und eine Reform des Bildungswesens.

Gegen Ende des Berichtsjahres kritisierte die SP die **Geldpolitik der Nationalbank**. Die Auswirkungen der von ihr betriebenen Inflationsbekämpfung (steigende Zinssätze und Höherbewertung des Frankens) würgten die Binnenkonjunktur ab und verstärkten die Arbeitslosigkeit. Die SP verlangte neben finanzpolitischen Massnahmen auch einen Beitrag der Nationalbank an die von ihr mitverursachten Kosten im Sozialbereich.

Als einzige Regierungspartei wollte die SP für die Sanierung der Bundeskasse neben Einsparungen von 3,2 Mia Fr. auch auf **Mehreinnahmen** von 1,6 Mia Fr. zurückgreifen. Vorgeschlagen wurde von der SP-Fraktion etwa eine Erhöhung des Treibstoffgrundzolls um 20 Rappen und eine Reichtumssteuer. Ausserdem forderte die Partei die Einfrierung der realen Landwirtschaftsausgaben und die Sanierung der SBB auf Kosten der Strassenrechnung. Ein Moratorium im Sozialwesen, wie es von Arbeitgeberseite gefordert worden war, wies die Partei zurück und sprach sich im Gegenteil für **mehr Sozialstaat** aus.

Die **10. AHV-Revision** und das in letzter Minute heraufgesetzte Rentenalter für Frauen stürzte die SP in ein **Dilemma**. Während sich der Parteivorstand und Präsident Bodenmann für ein Referendum gegen die 10. AHV-Revision stark machten, setzten sich andere namhafte SP-Vertreter dafür ein, die positiven Errungenschaften der Vorlage zu retten und die Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre mit einer Initiative rückgängig zu machen. Die Partei war in der Frage der 10. AHV-Revision so gespalten, dass sie zur Klärung den seit 1921 nie mehr praktizierten Weg einer Urabstimmung beschloss.

Die SP bekräftigte ihr Ziel eines **Vollbeitritts zur Europäischen Union** und sie unterstützte eine entsprechende Volksinitiative. In einem Grundlagenpapier zur Aussenpolitik vertrat ausserdem eine parteiinterne Arbeitsgruppe die Ansicht, dass die Neutralität aussenpolitisch bedeutungslos geworden sei und der Mythos Neutralität durch eine breite Debatte zerstört werden müsse.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** scherte die SP bei der Alpeninitiative und dem Luftfahrtgesetz von der bundesrätlichen Linie aus. Als einzige Regierungspartei war sie auch für das von ihr mitunterstützte Referendum gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht und die von ihr gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund eingereichte Krankenversicherungsinitiative. Das Volk gab der SP nur gerade in sieben von 13 Vorlagen recht, darunter die Alpeninitiative.

Bei den **kantonalen Wahlen** verlor die SP insgesamt vier Parlamentssitze, konnte aber in den Kantonen Glarus und Jura je einen Exekutivsitze zurückgewinnen.

1995

In einer erstmals seit 1921 wieder durchgeführten **Urabstimmung** sprachen sich im Frühjahr 66% der SP-Mitglieder für die 10. AHV-Revision und damit für die Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 62 auf 64 Jahre aus. Damit entschied sich die Parteibasis (bei einer Stimmbeteiligung von knapp 33%) für einen anderen Weg als ihre traditionellen Bündnispartner, die Gewerkschaften, die gegen die 10. AHV-Revision das Referendum ergriffen hatten. Gemeinsam lancierten und reichten SP und Gewerkschaften allerdings schon vor Annahme der 10. AHV-

Revision am 25. Juni eine "Auffanginitiative" ein, die verlangt, dass die 10. AHV-Revision ohne höheres Frauen-Rentenalter in Kraft gesetzt wird.

Ohne Gegenstimme beschloss der SP-Parteivorstand, die von fünf Europa-Organisationen lancierte Volksinitiative "Ja zu Europa", welche die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen fordert, zu unterstützen. In der "Europa-Plattform der SP" postulierte die Partei ausserdem die **EU-Mitgliedschaft** der Schweiz **bis zum 1. Januar 2000**; hingegen verabschiedete sie sich vom EWR, da dieser zu einer bedeutungslosen Rumpforganisation geworden sei. Damit setzt die SP als einzige Bundesratspartei voll auf einen direkten EU-Beitritt. Das umstrittene Kapitel "Neutralitätspolitik", das den Begriff der Neutralität stark relativieren wollte, wurde aus der Plattform gestrichen.

Gleich drei **Volksinitiativen** kündigte die SP-Parteileitung zu Beginn des Jahres **als Wahlkampf-Lokomotive** an. Gemäss dem Initiativprojekt gegen Jugendarbeitslosigkeit sollen Lohnabhängige über 60 Jahren auf Kosten der Arbeitslosenversicherung in den vorzeitigen Ruhestand treten können, wenn mehr als 50 000 Menschen in der Schweiz arbeitslos sind. Ein zweites Initiativprojekt will eine "Millionärs-Steuer" für natürliche und juristische Personen, deren Vermögen über einer Million liegt, einführen. Vorgesehen ist eine Zusatzabgabe von einem Promille des Vermögens. Der dritte Initiativvorschlag gilt der Einführung des konstruktiven Referendums. Während die SP letzteren im Herbst lancierte, stellte sie die beiden ersten Initiativprojekte vorläufig zurück. Dies tat sie nicht zuletzt deshalb, weil im Sommer beide Räte die 1992 eingereichte SP-Initiative "Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik" für ungültig erklärten, da die Einheit der Materie nicht gegeben sei. Die desavouierte Partei entschied daraufhin, eine Doppelinitiative mit gleichem Inhalt zu lancieren. Bereits im Januar hatte die SP ein Leitbild für eine "**Armee light**" präsentiert, die nur halb soviel kosten soll wie die Armee 95.

In ihrer Wahlplattform 95 "**Die Schweiz muss wieder sozialer werden**" sprach sich die SP gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik aus und forderte einen Ausbau des Sozialstaats über Steuererhöhungen sowie Sparpotentiale, die sie im Strassenbereich, in der Landwirtschaft, in der Landesverteidigung und im Zivilschutz ortete. Ausserdem stellte die Partei "14 Thesen gegen die Erwerbslosigkeit" vor, in denen sie in einem ersten Schritt die 40-Stunden-Woche, mittelfristig die 35-Stunden-Woche anstrebt.

Als einzige der Bundesratsparteien hatte die SP im Frühjahr gegen die drei Landwirtschaftsvorlagen und "**für ein Bioland Schweiz**" votiert. Das dreifache Nein des Volkes gereichte der Partei deshalb zum Triumph. Hingegen hatte die 1991 eingereichte und zuletzt auch parteiintern umstrittene AHV/IV-Ausbauintiative von SP und Gewerkschaften an der Urne keine Chance.

Zum **Streit** kam es **um den SP-Fraktionsvorsitz**. Die Nachfolge von Ursula Mauch (AG) sollte einerseits ein Vertreter der Romandie, andererseits eine Frau übernehmen. Der Vorschlag von François Borel (NE) und Barbara Haering Binder (ZH), sich den Fraktionsvorsitz im Doppelpräsidium zu teilen, stiess parteiintern aber auf Opposition. Schliesslich wurde Ende November Ursula Hafner (SH) zur neuen Fraktionspräsidentin gewählt.

Die eidgenössischen Wahlen 95 brachten der SP mit 15 Sitzgewinnen und einem Wählerzuwachs von 3,3% auf 21,8% einen **historischen Sieg**, nachdem sie im Berichtsjahr auf kantonaler Ebene vier Sitze zugelegt hatte. Erstmals seit 1979 wurde die SP, auf Kosten der FDP, wieder wählerstärkste Partei. SP-Präsident Peter Bodenmann provozierte die Grünen und die verschiedenen Wahlbündnisse links der SP, die nur bescheidene Resultate erzielten, danach mit der These, dass "die SP die einzige relevante soziale Kraft der Schweiz" sei, und dass es im linken Parteienspektrum als Machtfaktor nur mehr die SP geben könne.

Nur moderate bürgerliche Reaktionen gab es zur Aufnahme der drei PdA-Vertreter (inkl. Linksallianz) in die SP-Fraktion und damit zum **kommunistischen Zuzug** zur SP. Nur vereinzelt war von der Wiederbelebung der alten Volksfront die Rede. Die Fraktions-Kooperation zwischen den beiden Parteien, die sich auf Bundesebene jahrzehntelang voneinander distanziert hatten, wurde probeweise für ein Jahr beschlossen.

1996

SP-Generalsekretär **André Daguet**, der zusammen mit Parteipräsident Peter Bodenmann massgeblich am letztjährigen Wahlerfolg der SP beteiligt war, gab nach zehnjähriger Tätigkeit seinen Wechsel ins Generalsekretariat der Gewerkschaft Smuv auf 1997 bekannt. Als Ziel nannte er insbesondere, zwischen Gewerkschaften und der SP als Brückenkopf fungieren zu wollen. Zu seiner Nachfolgerin wählte die Partei Nationalrätin Barbara Haering Binder (ZH), womit erstmals eine Frau diesen Posten übernehmen wird. Bodenmann wurde im November für eine dritte Amtsperiode bestätigt.

In Basel-Stadt, wo die Novartis-Fusion hohe Wellen warf, trat die SP unter dem Slogan "**Wir sind konservativ**" zu den kantonalen Wahlen an. Sie festigte damit das Bild der bewahrenden Kraft in bezug auf die soziale Sicherheit, Löhne und Arbeitsplätze, die sich der Entmachtung der Politik durch eine anonyme Wirtschaft entgegenstemmt. Einen Sieg in diesem Sinne konnte die SP im Dezember mit der gewonnenen Abstimmung über das revidierte Arbeitsgesetz verbuchen, gegen das sie zusammen mit den Gewerkschaften das Referendum ergriffen hatte.

Ein SP-Parteitag in Davos im November stand ganz im Zeichen der **Zukunft und Finanzierung des Sozialstaates**. Die Delegierten verabschiedeten ein Positionspapier, in dem der "Panikmache" um die Finanzierung des Sozialstaates der Kampf angesagt und die soziale Grundsicherung als unabdingbar für den sozialen Frieden bezeichnet wird. Der Sozialstaat sei auch in Zukunft bezahlbar, dieser solle fortan aber nicht mehr allein durch Lohnprozente, sondern vermehrt über eine erhöhte Mehrwertsteuer finanziert werden. Als vordringlich erachtete die SP die Sicherung der AHV (mit Ruhestandsrenten ab 62 Jahren) und der IV sowie die Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende. Bekräftigt wurden die Forderungen nach höheren Kinderzulagen und einer Mutterschaftsversicherung. Mit grossem Mehr stellte die SP zudem die Weichen für einen **radikalen Umbau der Krankenversicherung**: Bis zum Frühjahr 1997 will sie Vorschläge für eine oder mehrere Volksinitiativen bezüglich einer sozialeren Finanzierung der Krankenversicherung vorlegen. Die heutigen Kopfprämien sollen durch bis zu acht zusätzliche Mehrwertsteuerprozente ersetzt werden, womit die unteren Einkommenskategorien erheblich entlastet würden. Gleichzeitig soll der Kostenschub im

Gesundheitswesen eingedämmt werden. Um das Ziel des gezielten Ausbaus der Leistungen und gleichzeitig der Begrenzung der Kostensteigerungen auf das BIP-Wachstum zu erreichen, wird eine nationale Spitalplanung sowie die Steuerung des Gesundheitswesens über Globalbudgets verlangt.

Ein SP-Positionspapier zur **Zukunft des öffentlichen Dienstes** wurde am Davoser Parteitag zwar diskutiert, jedoch zur Überarbeitung an den Vorstand zurückgewiesen, um einen Streit mit den Gewerkschaften insbesondere bezüglich Arbeitszeitreduktionen zu verhindern. Das Positionspapier schlägt eine flexible Reduktion der Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst von 41 auf 33 Stunden vor. Als Ausgleich für die Arbeitszeitreduktion um 20% würden die Löhne um durchschnittlich 6% gesenkt, wobei untere Einkommen geschont werden sollen. Damit könnten, so die Hoffnung der SP-Spitze, bis zu 15 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein Antrag der SP-Frauen, in den SP-Statuten ein grundsätzliches **Verbot der Ämterkumulation** zu verankern, wurde von den Delegierten abgelehnt. Der Antrag war im Nachgang zu den Vorwürfen gegen Werner Marti, SP-Nationalrat, Preisüberwacher und Glarner Regierungsrat, eingereicht worden.

Im Dezember kam es zu einem **SP-Hauskrach** zwischen Parteipräsident Bodenmann und Bundesrat Leuenberger. Bodenmann hatte kurz vor einem Treffen zwischen Leuenberger und dem österreichischen Verkehrsminister telefonisch beim österreichischen Verkehrsministerium interveniert und geraten, nicht auf die bundesrätlichen Vorschläge einzugehen. Leuenberger warf Bodenmann daraufhin via Medien vor, die bilateralen Verhandlungen mit der EU zu torpedieren. Auch die bürgerlichen Parteien kritisierten den europapolitischen Sololauf Bodenmanns harsch. In einer Erklärung hiess die SP-Fraktion die internationalen Kontakte ihres Präsidenten jedoch ausdrücklich gut.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die SP per Saldo 15 Sitzgewinne verzeichnen, wobei sie mit sieben Mandatsgewinnen in Basel-Stadt am erfolgreichsten war. In Basel-Stadt sowie in St. Gallen gewann sie ausserdem je einen Regierungssitz hinzu.

1997

Anfang Februar gab **Peter Bodenmann** überraschend seinen **Rücktritt** als Parteipräsident bekannt, um für den Walliser Regierungsrat zu kandidieren. In einer selbstkritischen Analyse seiner siebenjährigen Amtszeit bilanzierte Bodenmann, dass die SP zwar zur stärksten Partei geworden sei. Es sei ihr aber nicht gelungen, die Menschen am Rande der Gesellschaft, die Arbeiter und Angestellten mit tiefen Einkommen politisch zu bewegen. Weiter habe sie es verpasst, lebendige Strukturen zu schaffen, in denen die kommende Generation ihre politischen Erfahrungen "im notwendigen Widerspruch zu den herrschenden Zuständen" formen könne; die alt-68er hätten sich von der Parteipolitik weitgehend verabschiedet. Das traditionelle Bündnis zwischen der Linken und den Kulturschaffenden müsse wieder enger geknüpft werden, und das Land benötige dringend ein attraktives linkes Massenblatt.

Nach der Rücktrittsankündigung Bodenmanns begann sich das Kandidatenkarussell rasch zu drehen. Insbesondere die SP-Frauen meldeten ihren Anspruch auf das Parteiamt an, wobei sie ein Kopräsidium forderten. Gleichzeitig führten Parteixponenten – weitgehend via Medien – eine teils gehässige Diskussion über den Zustand und die künftige Ausrichtung der Partei. Nachdem sich chancenreiche Kandidaten wie Ständerätin Christiane Brunner (GE) oder Nationalrat Franco Cavalli (TI) zurückgezogen hatten, verblieben am Schluss nur der Nationalrat und Biobauer Andrea Hämmerle (GR) und die – erst im letzten Augenblick kandidierende – Zürcher Stadträtin **Ursula Koch**. Diese machte Ende Juni an einem Parteitag in Thun als Frau, Städterin und einen neuen Stil versprechende Politikerin klar das Rennen gegen den "Bergler" und Kontinuität garantierenden Hämmerle, obwohl sie keine politische Erfahrung auf nationaler Ebene mitbrachte. Koch kündigte nach ihrer Wahl Grundwertediskussionen in der SP an, versprach der Parteibasis mehr Macht und forderte die Wiederherstellung des Primats der Politik vor der Wirtschaft.

Mit der Wahl Kochs begab sich die **SP fest in Frauenhand**; an ihrer Spitze standen neben Koch die Fraktionspräsidentin Ursula Hafner (SH) und die Parteisekretärin Barbara Haering Binder (ZH). Nachdem Haering Binder aber schon bei der Wahl Kochs hatte durchblicken lassen, dass sie Hämmerle bevorzugt hätte, kam es Anfang Dezember zum öffentlichen **Zerwürfnis**. Haering Binder gab ihren Rücktritt auf März 1998 bekannt. Der Eklat machte deutlich, dass die SP-Fraktion auch ein halbes Jahr nach der Wahl Kochs noch in ein "Koch"- und ein "Bodenmann/Hämmerle"-Lager gespalten war. Die SP-Frauen Schweiz stellten sich in einer Pressemitteilung hinter ihre Präsidentin.

Neben der Wahl Kochs entschied die SP am Thuner Parteitag, eine Volksinitiative für eine soziale Krankenversicherung zu lancieren. Den Text mit dem Titel "**Gesundheit muss bezahlbar bleiben**" verabschiedete sie Ende Oktober zusammen mit dem SGB definitiv. Von der ursprünglichen Idee, die Kopfprämien vollständig durch einen um 8% höheren Mehrwertsteuersatz zu ersetzen, wich sie ab und entschied stattdessen, die Prämien sozial abzustufen, die Kinderprämien ganz abzuschaffen und die Finanzierungslücke durch einen um rund 3,5% erhöhten Mehrwertsteuersatz zu decken. Versicherte mit einem steuerbaren Einkommen von unter 20 000 Fr. sollen keine Prämien mehr bezahlen. Um die Gesundheitskosten zu reduzieren, soll der Bundesrat jährliche Globalbudgets erstellen müssen und die Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung limitieren. Weiter soll er die Spitzenmedizin und die Zulassung der Ärzte beschränken.

Im Juni wurde die von der SP lancierte Volksinitiative "**Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr**" vom Volk mit 77% Nein-Stimmen klar verworfen. Auch der traditionelle SP-Partner, der SGB, hatte die Volksinitiative aus Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen nicht unterstützt. Beim Referendum zum dringlichen Bundesbeschluss über die Arbeitslosenversicherung, das die SP erst spät mitunterstützte, erzielte sie gegenüber den bürgerlichen Parteien jedoch einen Abstimmungserfolg. Um das Thema "**Gen-Schutz-Initiative**" – diese wird im Sommer 1998 zur Abstimmung kommen – frühzeitig zu besetzen, fasste der SP-Vorstand bereits im August die Ja-Parole. Die Gesamtpartei ist in dieser Frage aber gespalten. Im Sommer kam ausserdem die von der SP und Friedensorganisationen lancierte Volksinitiative "**Sparen beim Militär** und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze" zustande, die eine Halbierung des Militärbudgets fordert. Mit Unterstützung der

Grünen brachte die SP weiter die Volksinitiative für die Einführung des konstruktiven Referendums zustande.

Angesichts von Unternehmensfusionen, die einerseits explodierende Börsengewinne, andererseits den Abbau von Arbeitsplätzen brachten, aber auch aufgrund von publik gewordenen Steuertricks einiger Reicher forderte die SP im Dezember eine Sondersession für **mehr Steuergerechtigkeit**. Weiter verlangte sie die Einführung einer "ergiebigen und griffigen" Kapitalgewinnsteuer per Dringlichkeitsrecht, eine Depotabgabe von 0,1% auf allen verwalteten Vermögen, eine nationale Erbschaftssteuer und eine "echte" Steuerharmonisierung.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die SP in allen wählenden Kantonen Sitzgewinne verzeichnen, insgesamt 22, und war damit im Berichtsjahr klare Wahlsiegerin. Im Wallis konnte sie mit Peter Bodenmann ausserdem erstmals in die Regierung einziehen. Im Kanton Genf ist sie nach vierjährigem Unterbruch mit zwei Vertretern erneut in der Regierung vertreten.

1998

Nachdem die Zürcher Nationalrätin Barbara Haering ihr Amt als Generalsekretärin nach nur einem Jahr wegen Unstimmigkeiten mit Parteipräsidentin Ursula Koch zur Verfügung gestellt hatte, wählte der SP-Parteivorstand den amtierenden Pressechef **Jean-François Steiert** mit deutlichem Mehr zu ihrem **Nachfolger**. Steiert war der einzige von insgesamt 16 Kandidaten, der von der Geschäftsleitung zur Wahl vorgeschlagen worden war. Verschiedene Vorstandsmitglieder kritisierten das Auswahlverfahren und warfen dem fünfköpfigen Wahlausschuss unter Vorsitz von Parteipräsidentin Koch unprofessionelles Vorgehen vor.

In der Antwort auf den IDA-FiSo-2-Bericht forderte der SP-Vorstand einen **Ausbau des Sozialstaates** und nannte die Einführung einer Mutterschaftsversicherung, die Flexibilisierung des Rentenalters, einen eigenständigen Anspruch ausgesteuerter älterer Arbeitsloser auf Ergänzungsleistungen, die Erhöhung des Beitragsplafonds bei der ALV auf 243 000 Fr., die bessere Absicherung der Teilzeitarbeit, ein eidgenössisches Minimum für Kinderzulagen (200 Fr.) und ein Recht auf Existenzsicherung als vordringliche Massnahmen, wobei eine höhere Gewinnausschüttung der Nationalbank an die Kantone für einen Lastenausgleich sorgen soll.

Um das Thema "**Gen-Schutz-Initiative**" frühzeitig zu besetzen, hatte der SP-Vorstand bereits im August 1997 die Ja-Parole gefasst. Die **Gesamtpartei** war in dieser Frage aber **gespalten**: in einem offenen Brief an die SP-Geschäftsleitung wandten sich namhafte Parteimitglieder, darunter die Ständeräte Aeby (FR) und Plattner (BS), gegen die Ja-Parole aus Furcht, die Gen-Schutz-Initiative würde die Beteiligung der Schweiz an der Gentechnik behindern und viele positive Entwicklungen in der Medizin unterbinden. Ein weiteres Indiz für die Uneinigkeit innerhalb der Partei war die abweichende Parolenfassung zahlreicher SP-Kantonalsektionen (Nein: VD, NE; Stimmfreigabe: BL, JU, VS).

Der Parteivorstand der SP sowie die JuSo sicherten dem **Referendumskomitee „gegen die Aushöhlung des Asylrechts“ ihre Unterstützung** zu. Mehrere Dutzend Organisationen unter der Leitung der Asylkoordination Schweiz ergriffen das Referendum sowohl gegen das Asylgesetz

wie auch gegen den Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich (BMA).

Die parteiinternen Spannungen und die Kritik an Parteipräsidentin Koch hielten auch im Berichtsjahr weiter an. Koch hatte angekündigt, eine breit angelegte Grundwertdebatte zu lancieren und die politischen Inhalte nach dem autoritären Führungsstil Bodenmanns wieder vermehrt basisdemokratisch zu bestimmen. Die Situation spitzte sich nach dem Abstimmungswochenende vom 7. Juni zu, als die SP beim Haushaltsziel 2001, bei der Gen-Schutz-Initiative und bei der Initiative "S.o.S. – Schweiz ohne Schnüffelstaat" eine dreifache Niederlage erlitt. Teile der SP-Fraktion und der Gewerkschaftsspitze, die Koch's Vorgänger Bodenmann nahestehen, warfen ihr vor, weder inhaltliche Schwerpunkte gesetzt noch Konturen für eine künftige SP-Politik erkennbar gemacht zu haben. Statt die Partei zu führen, überlasse sie das Feld bei Themen wie der Kapitalgewinnsteuer oder der Europapolitik der politischen Konkurrenz. Vorgehalten wurden ihr auch ungenügende Kenntnisse der Sachdossiers und die fehlenden Kontaktnetze im Bundeshaus. Einer der härtesten Kritiker war Ex-Generalsekretär Daguët; er zeigte sich besorgt über den Zustand seiner Partei gerade im Hinblick auf die Wahlen von 1999. Zusätzliche Angriffsflächen lieferte Koch mit ihrer Abneigung, für die Nationalratswahlen von 1999 zu kandidieren, und ihrem Rundumschlag gegen das "tyrannische Mediensystem". Der frühere Parteipräsident Helmut Hubacher ärgerte sich, dass zu wenig über Politik und zu viel über die Befindlichkeit der Parteipräsidentin gesprochen werde, und bezeichnete Koch als "ideale Fehlbesetzung".

Am Parteikongress vom 24. Oktober in Montreux wurde **Parteipräsidentin Koch** auf eindruckliche Weise mit 700 gegen 2 Stimmen **im Amt bestätigt**. Sie ging mit ihren Kritikern, allen voran Bodenmann, Hubacher und Daguët, hart ins Gericht und rief die Partei auf, in Zukunft Kritik bei ihr persönlich oder bei der Geschäftsleitung vorzubringen. Sie hielt an der Weiterführung der Grundwertdebatte fest, erklärte sich aber bereit, sich häufiger zu tagespolitischen Themen zu äussern. An dieser Stelle liess sie verlauten, auf vielseitigen Wunsch doch noch für den Nationalrat kandidieren zu wollen. Nebst den personalpolitischen Fragen legten die SP-Delegierten die programmatischen Schwerpunkte für das Wahljahr 1999 fest: Arbeit für alle, soziale Sicherheit, europäische Integration und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Als Grundlage dafür sollte das Positionspapier "Aufschwung für alle" dienen, in welchem sich die Partei zu wirtschaftlichem Wachstum und zu einer Wirtschaftspolitik zur Sicherung eines nachhaltigen, ressourcenschonenden, umweltverträglichen und dauerhaften Aufschwungs bekannte. Dabei sprach sich die SP für eine Energieabgabe zugunsten erneuerbarer Energien, für eine antizyklische Ausgabenpolitik, für verstärkte Investitionen in die Bildung und für eine Geldpolitik der SNB aus, die auf die konjunkturelle Entwicklung und die Beschäftigungssituation Rücksicht nimmt. Ausserdem wurde ein Thesenpapier zur Globalisierung verabschiedet, in welchem verlangt wurde, dass sich der "schrackenlose und zerstörerische Kapitalismus" in Richtung einer echten sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu verändern habe. Ferner gab die SP-Schweiz auf Antrag der Jungsozialisten die Ja-Parole zur DroLeg-Initiative aus, nachdem sich der SP-Vorstand für Stimmfreigabe ausgesprochen hatte.

Mit sofortiger Wirkung **trat** im August die Basler **Nationalrätin Margrith von Felten aus der Sozialdemokratischen Partei aus** und kündigte an, bei den Parlamentswahlen von 1999 als

Parteilose auf einer links-grün-feministischen Liste zu kandidieren. Als Gründe für ihren Austritt bezeichnete sie zunehmende politische Differenzen mit den SP-Positionen. Sie kritisierte insbesondere den Kurswechsel der Partei in der Wirtschaftspolitik; mit dem Wirtschaftskonzept von 1994 setze die Partei auf Wirtschaftswachstum, was in ihren Augen angesichts der Bedrohung der Lebensgrundlagen ein Irrsinn sei. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode wechselte sie in die Bundeshausfraktion der Grünen.

Das grün-alternative **Demokratische Obwalden löste sich** anfangs Jahr **auf** und formierte sich als **SP-Sektion** neu. Die Umbenennung zahlte sich bei den Kantonsratswahlen mit zwei Sitzgewinnen aus. Die Engelberger Ortssektion hatte den Übertritt zur SP abgelehnt und blieb als Demokratisches Engelberg unabhängig. Auch sie war bei den Wahlen mit einem Sitzgewinn erfolgreich. Im Halbkanton Obwalden hatten sich 1991 drei Wählergruppen (Sarnen, Sachseln, Junge Liste Kerns), welche schon seit den letzten Kantonalwahlen 1990 mit fünf Sitzen eine eigene Fraktion stellen, zur Oppositionspartei "Demokratisches Obwalden" zusammengeschlossen.

Bei den **kantonalen Wahlen** schwächte sich der letztjährige Aufwärtstrend der SP langsam ab. Insgesamt konnte sie ihre Mandatszahl in den Kantonsparlamenten um deren 4 erweitern. Während sie in der Deutschschweiz 10 Sitze hinzu gewann, büsste sie in der Romandie deren 6 ein. Auf Exekutivebene erzielte sie zwar einen Sitzgewinn im Kanton Graubünden, verlor aber gleichzeitig je einen Sitz in den Kantonen Glarus und Waadt. Zusätzlich musste sie nach einer turbulenten Ersatzwahl im Kanton Aargau ihren einzigen Sitz an den wild antretenden, in der Folge aus der SP ausgeschlossenen Kandidaten Kurt Wernli abtreten und schied nach 66 Jahren aus der Regierung aus.

1999

Der Kosovo-Konflikt und die Intervention der NATO führten innerhalb der SP zu einer Kontroverse. Parteipräsidentin Koch sprach sich **für den NATO-Einsatz im Kosovo** aus. Innerhalb der Partei stiess Koch mit ihren Äusserungen auf harsche Kritik und verschiedene Parteioxponenten wollten ihre Erklärung nicht als SP-Meinung stehen lassen. Nationalrat Cavalli (TI) forderte den sofortigen Stopp des NATO-Einsatzes. Nationalrat Ziegler (GE) sprach sich dagegen für den sofortigen Beitritt der Schweiz zum Verteidigungsbündnis der NATO aus. Weil Parteipräsidentin Koch zudem in der Sonntagspresse den Einsatz von Bodentruppen gefordert hatte – sie dementierte später ihre Aussagen wieder – wurde sie von Generalsekretär Steiert in den Medien angegriffen. Das Zerwürfnis innerhalb der Partei wurde Tage später noch deutlicher, als die SP-Frauen in einer Resolution den sofortigen Stopp des NATO-Angriffes forderten. An ihrer 1.-Mai-Rede in Basel wurde Koch wegen ihrer Haltung im Kosovo-Konflikt mit Pfiffen empfangen.

Obwohl am Parteitag Ende Mai in Neuenburg das Thema der NATO-Einsätze im Kosovo nicht traktandiert war, äusserten sich die Bundesräte Leuenberger und Dreifuss ausgiebig dazu. Leuenberger liess verlauten, Milosevic und seine Aggression gehörten verurteilt, "nicht nur moralisch", und Dreifuss forderte die Partei auf, "Flagge zu zeigen", indem sie Fremdenfeindlichkeit und Abschottung eine Absage erteile. Parteipräsidentin Koch nahm ihre früheren Aussagen etwas zurück und forderte nun eine schnelle Beendigung des Krieges, so dass

die Rückkehr der Flüchtlinge möglich werde. Die Delegierten verabschiedeten eine **Resolution**, die forderte, den Krieg zu Luft und zu Land unverzüglich zu beenden. Innenpolitisch forderte die Resolution die **unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen und ein uneingeschränktes Bleiberecht**, bis eine dauerhafte Rückkehr sichergestellt werden könne. Die Schweiz solle sich zudem mit Blau- und Gelbmützen an einer internationalen Friedenstruppe beteiligen.

Das gleichzeitig beschlossene Förderungsprogramm zur Halbierung der Arbeitslosigkeit wurde während zweier Stunden ausgiebig diskutiert. Im Zentrum des Programms standen Innovationen in die Bildung, die Förderung der KMU, die Sicherung der öffentlichen Infrastruktur, Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungsprogramme. Einem Antrag der Sektion Lausanne 3, die Strommarktliberalisierung grundsätzlich nicht gutzuheissen, wurde stattgegeben. Ebendiese **Absage an die Strommarktliberalisierung** brachte SP-Frauenpräsidentin Jacqueline Fehr (ZH) auf den Plan. In einem Brief an die Parteileitung kritisierte sie das planlose und beliebige Vorgehen der SP im Wahljahr. Der „naive“ Strommarkt-Beschluss der Partei sei ein deutliches Zeichen dafür, dass die Partei die Diskussion um Liberalisierung und Modernisierung scheue, ausser einem pauschalen Nein jedoch keine Lösungsvorschläge zustande bringe.

Im Juni reichte die SP – nach Befürchtungen, die notwendigen Unterschriften nicht termingerecht zusammenzubringen – ihre **Volksinitiative "Gesundheit soll bezahlbar bleiben"** ein. Diese will die Kopfprämien durch einkommens- und vermögensabhängige Beiträge und Mehrwertsteuerprozente ersetzen.

Am Rande des Auslandschweizerkongresses in Lausanne gründete die SP als letzte Bundesratspartei **eine internationale Parteisektion**, die allen Auslandschweizern offen stehen soll. Obwohl die Einsetzung eines Diplomaten als Sektionspräsident in den Medien kritisiert worden war, wurde François Nordmann, Schweizer Botschafter in London, zum Präsidenten der SP Schweiz International gewählt.

Am **Wahlparteitag** von Anfang September in Basel forderte Parteipräsidentin Koch die Parteimitglieder dazu auf, energisch **gegen die SVP** Wahlkampf zu betreiben. Die SP sei gegenwärtig die einzige Alternative zur SVP, solange das Zentrum aus FDP und CVP sich nicht zwischen rechtsnationaler und linksliberaler Politik entscheiden könne. Keiner der Delegierten stellte am Wahlparteitag den Verbleib der SP in der Landesregierung in Frage.

Mit einer sogenannten **Kulturplattform** rief die SP zwei Wochen vor den Wahlen die Bevölkerung zur Wahlbeteiligung auf. Siebzig Kulturschaffende, darunter Adolf Muschg, Peter Bichsel, Franz Hohler, Hugo Lötscher und Dimitri, warnten mit ihrer Unterschrift vor den "verheerenden" Folgen eines von der "blocherschen SVP" blockierten Parlaments. Ein Rechtsrutsch gefährde die kulturelle und geistige Vielfalt, die Toleranz, die humanitäre Tradition und die Weltoffenheit der Schweiz.

Ende Oktober traf sich die Parteileitung zu einer ersten **Nachanalyse der eidgenössischen Wahlen**. Grundsätzlich zufrieden zeigte man sich über das eigene Resultat, das bei einem leicht verbesserten Wähleranteil den Verlust von drei Nationalratssitzen gebracht hatte. In Zürich war Parteipräsidentin Koch mit einem Spitzenresultat neu in den Nationalrat gewählt worden. In

verschiedenen Medien wurde der SP der Vorwurf gemacht, sie hätte einen wenig attraktiven Wahlkampf geführt. Kritische Stimmen ertönten auch aus den eigenen Reihen. Nationalrat Hämmerle (GR) sprach vom Scheitern der Wahlkampf-Leitung und Pressechef Peyer, der seinen Abgang bereits angekündigt hatte, griff die Parteiführung direkt an: Diese habe vor lauter Grundsatzdiskussionen keine Themen mehr in der Hand. Es herrsche ein Klima des Misstrauens innerhalb der Parteileitung und Kritik sei unerwünscht. **Peyer wurde** tags darauf von der Geschäftsleitung **suspendiert**. Ursula Koch bekräftigte an einer Pressekonferenz, sie habe keinerlei Zweifel, dass die Basis der Partei hinter der Parteipräsidentin stehe. Sie fühle sich nach der Aussprache mit der Geschäftsleitung bestärkt. Gerüchte um einen inszenierten Sturzversuch der Präsidentin wurden von Peyer zurückgewiesen und Tage später auch von Hämmerle bestritten.

Bereits Ende August hatte Ursula Hafner (SH) ihr Amt als **Fraktionspräsidentin** auf die neue Legislatur hin zur Verfügung gestellt. Als Nachfolger wurde Ende November der Tessiner Nationalrat Franco Cavalli gewählt, der als entschiedener EU-Befürworter aus der lateinischen Schweiz grosse Unterstützung erhielt. Bei der parteiinternen Ausmarchung konnte er sich gegen den von Parteipräsidentin Koch unterstützten Nationalrat Strahm (BE) durchsetzen.

2000

Die SP befand sich im vergangenen Jahr in einer ihrer schwersten finanziellen Krisen seit Bestehen. Zum Jahresbeginn gab ihre Finanzdelegation bekannt, dass die Partei aufgrund von **Zahlungsrückständen grosser Kantonalsektionen** in Zahlungsnot stecke. Die Sektionen schuldeten der Parteizentrale aus dem Vorjahr noch rund eine Million Franken. Allein aus Bern und Zürich standen Zahlungen über 700 000 Franken aus. Der Leiter der Finanzdelegation, Edwin Knuchel, erklärte, der Mitgliederrückgang und die Überalterung unter der Mitgliedschaft hätten Mindereinnahmen bei den meist progressiv nach Einkommen festgelegten Mitgliederbeiträgen zur Folge. Parteisekretär Jean-Philippe Jeanneret warnte, dass das Eigenkapital der Partei bis 2001 aufgebraucht sein werde, sollte keine nennenswerte Besserung eintreten. Als Sofortmassnahme wurde ein Fundraising-Konzept ausgearbeitet. Ende März versandte die Parteileitung 150 000 persönliche Briefe an ausgewählte Adressaten mit dem Aufruf, eine nicht näher definierte Kampagne „Soziale Schweiz“ mittels Spenden und Leserbriefen tatkräftig zu unterstützen.

Gleichzeitig wählte der Zentralvorstand die Bernerin **Ursula Dubois zur Zentralsekretärin und Pressesprecherin**. Ihr Vorgänger, Peter Peyer, war vor Jahresende aus seinem Amt suspendiert worden, nachdem er die Parteileitung öffentlich kritisiert hatte.

Im Februar zog sich die SP-Geschäftsleitung zu einer Retraite nach Muri bei Bern zurück und beriet über die politischen Schwerpunkte der kommenden Legislatur aber auch über die **parteiinternen Probleme**. Die Partei verabschiedete ein Strategiepapier: Der „extreme“ Steuerföderalismus müsse überwunden, die Sozialversicherungen den veränderten Lebensbedingungen angepasst, KMU's mit günstigem Risikokapital unter die Arme gegriffen werden und ein EU-Beitritt dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Parteipräsidentin Koch und Generalsekretär Jean-François Steiert demonstrierten im Anschluss an die Gespräche Einigkeit. Aus internen Dokumenten ging jedoch hervor, dass der Geschäftsleitung ein viermonatiges

Ultimatum gesetzt worden war. Bis zum Juni sollten die internen Differenzen beigelegt werden. Eine ganze Kette an **Rücktrittsvermutungen** und Rücktrittsforderungen machte die darauffolgenden Tage die Runde. Steiert brach als erster das Eis und erklärte, er stünde keiner Lösung im Wege. Koch beteuerte dagegen, sie werde auf keinen Fall zurücktreten.

Ende Februar traf sich die Fraktion ebenfalls zur Krisenberatung. Die Parlamentarier setzten mit Koch (ZH), Fraktionspräsident Cavalli (TI) und der Genfer Ständerätin Brunner eine dreiköpfige Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Strukturreformen ein. **Versuche, Koch zu Fall zu bringen, wurden abgewiesen.** Koch gab sich optimistisch und erklärte, dass sie unter den gegebenen Umständen am Parteitag vom Oktober wieder kandidieren wolle.

Mitte April trat Ursula Koch aus gesundheitlichen Gründen mit sofortiger Wirkung **als Parteipräsidentin und Nationalrätin zurück.** Dies teilte sie dem SP-Parteivorstand in einem Brief mit und entzog sich sodann der Öffentlichkeit. Vizepräsident Pierre Aeby (FR) übernahm interimistisch das Präsidium.

Anfangs Mai brachte die **Dreierkommission** für die Strukturreform, in welcher Bundesrätin Ruth Dreifuss Ursula Koch ersetzt hatte, ihre Arbeit zum Abschluss. Sie schlug vor, die Führungsgremien (Geschäftsleitung und Parteivorstand) stark zu verkleinern und die Basis mit der Einführung einer Delegiertenversammlung (zusätzlich zum bisherigen Parteitag) konsequenter miteinzubeziehen. Als chancenreichste Nachfolgerin für das Parteipräsidium wurde inzwischen Ständerätin Brunner gehandelt. Generalsekretär **Steiert trat noch im Mai aus seinem Amt zurück.** Mit seinem Rücktritt wolle er die Personaldebatte entkrampfen und seiner Partei die Rückkehr zu den Sachthemen erleichtern.

Ende Mai bereinigte der SP-Vorstand die **Anträge zur internen Strukturreform.** Auf eine Streichung der Sitze von SP-Frauen und Jungsozialisten in der Geschäftsleitung wurde verzichtet, nachdem die Betroffenen harsche Kritik geübt hatten. Die Fraktion ist jedoch nur noch mit ihrem Präsidenten darin vertreten. Dieses Leitungsgremium wurde von bislang 18 auf neun Mitglieder halbiert. Der Vorstand hiess ausserdem die Einsetzung einer Delegiertenversammlung gut. Im September beschloss dann der Parteivorstand, der mit seinen gut 100 Mitgliedern bisher als eine Art Mini- Parteiparlament wichtige Funktionen der neuen Delegiertenversammlung wahrgenommen hatte (z.B. Parolenfassung zu eidgenössischen Abstimmungen) sich abzuschaffen. Neu wurde eine ähnlich wie der alte Vorstand zusammengesetzte Koordinationskommission geschaffen, welche vor allem die Zusammenarbeit zwischen den Kantonssektionen und der nationalen Partei verbessern soll.

An der Vorstandssitzung von Ende Mai hatte sich Christiane Brunner bereit erklärt, im Oktober den SP-Vorsitz zu übernehmen. Mitte Juli äusserten Nationalrat Hans-Jürg Fehr (SH) und seine Ratskollegin Christine Goll (ZH) Interesse am Vizepräsidium der Partei. Für das Präsidialamt war Brunner noch keine ernsthafte Konkurrenz erwachsen. Allein Hildegard Fässler (SG) stand lange im Gespräch, verzichtete aber Mitte August auf eine Kampfkandidatur. In der Vorstandssitzung vom September wurde das **Dreierteam nominiert.**

Erwartungsgemäss wurden Brunner, Goll und Fehr Mitte Oktober von den Delegierten als

Dreierteam ins Parteipräsidium gewählt. Die neue Parteipräsidentin Brunner bekannte sich in ihrer Antrittsrede zum linken Kurs der SP. Es sei nicht die Aufgabe ihrer Partei, die Defizite in der politischen Mitte auszugleichen. Auch die **Strukturreform der Partei wurde klar genehmigt**. In die redimensionierte Geschäftleitung neu aufgenommen wurden der Berner Grossrat Michael Kaufmann, Rudolf Rechsteiner (BS) und der Waadtländer Jungsozialist Philipp Müller.

Im Dezember wurde der Urner **Reto Gamma** vom Parteivorstand **zum neuen Generalsekretär gewählt**. Der Journalist Gamma hatte das Amt im Herbst interimistisch vom zurückgetretenen Steiert übernommen, aber lange auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Der Favorit von Präsidentin Brunner setzte sich in der Ausmarchung gegen Peter Bosshard, Sekretär bei der Erklärung von Bern, durch.

Ende Januar verabschiedete die SP ihre **Europa-Plattform**, in welcher sie den raschen Beitritt zur EU forderte. Die Schweiz sei historisch und kulturell ein Teil Europas und müsse in Europa mitbestimmen können. Sie erwarte vom Bundesrat eine Wiederaufnahme des Beitrittsgesuchs unmittelbar nach der Volksabstimmung zu den bilateralen Verträgen. Die Beitrittsverhandlungen sollten bis 2003 abgeschlossen sein.

Ende März fasste die Parteispitze einstimmig die **Ja-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU**. In einer Broschüre verkündete sie einhellig, die bilateralen Verträge seien die erste Station auf dem Weg zum vollständigen Beitritt. Vollmer (BE) betonte, erst die SP habe die Abkommen durch ihre Überzeugungsarbeit mehrheitsfähig gemacht.

Ein wichtiges Schwerpunktthema war für die SP im Berichtsjahr die Liberalisierung und die Privatisierung der Wirtschaft. Mit einer Resolution verlangte sie vom Bundesrat, auf eine volle **Privatisierung der Swisscom** zu verzichten. Sie drohte mit dem Referendum, sollte der Bundesanteil an der Swisscom unter 50 Prozent abgesenkt werden. Westschweizer Parteigenossen warfen dem Chef des federführenden UVEK, Bundesrat Leuenberger, vor, er hätte sich der Sozialdemokratie entfremdet und sich zu stark wirtschaftsliberaler Programme angenommen. An einer Delegiertenversammlung der Zürcher Sektion bezog Bundesrat Leuenberger Position für die bundesrätliche Politik. Den Gegnern der Privatisierung warf er Rückwärtsgewandtheit vor. Nach einer mehrstündigen Debatte zum Service public fassten die Delegierten in Lugano im Sinne eines Kompromisses eine Resolution, die starke staatliche Unternehmen verlangt, geregelte Liberalisierungen aber zulässt.

Im September fasste der SP-Vorstand die **Nein-Parole zum neuen Bundespersonalgesetz**. Obwohl das Gesetz innerhalb der Partei und vor allem in der Deutschschweiz auch viele Befürworter fand, überwogen die Argumente der Gegner. Insbesondere die neu geschaffene Möglichkeit des Personalabbaus wurde stark kritisiert. An der Urne erlitt die Volksinitiative der SP für eine **Einführung eines konstruktiven Referendums eine Abfuhr**. Nur 34,1% der Stimmenden und bloss 51% der SP-Sympathisanten sprachen sich dafür aus. Vom Volk abgelehnt wurde im November auch die von der SP zusammen mit pazifistischen Gruppen eingereichte „Umverteilungsinitiative“.

In einer Pressekonferenz übte die SP Ende Juli Kritik an Bundesrat Villigers

Familiensteuerreform. Die Reform sei ein Etikettenschwindel und ein Steuergeschenk an die Reichen. Nationalrätin Jacqueline Fehr (ZH) führte an, dass das einkommensschwächste Drittel der Bevölkerung nicht von der Reform profitieren könne, weil es gar keine Bundessteuern entrichte. Eben dieses Drittel hätte indes eine Verbesserung der finanziellen Lage am nötigsten. Als Alternative schlug die SP ein Massnahmenpaket vor, welches Kinder und Jugendliche von Krankenkassenprämien befreien soll, die Einführung von eidgenössischen Kinderrenten vorsieht und Ergänzungsleistungen für Familien fordert. Ausserdem will die SP die vorschulischen Kinderbetreuungsangebote stärker fördern und eine Mutterschaftsversicherung einrichten, welche über 14 Wochen hinweg 80 Prozent des Lohns garantiert.

An der letzten Sitzung des Parteivorstandes im Dezember löste die Frage der bewaffneten Einsätze von Schweizer Truppen im Ausland eine längere Debatte aus. Genfer Sozialdemokraten verlangten den Anschluss an das **Referendum der GSOA**. Die Vorstandsmehrheit entschied sich aber zugunsten des revidierten Militärgesetzes.

Bei den **Bundesratsersatzwahlen** wollte eine Mehrheit der SP-Fraktion der SVP den Bundesratssitz zugunsten eines zusätzlichen FDP-Vertreters strittig machen. Die FDP war an dieser Offerte aber nicht interessiert. Parteiintern führte diese als schlecht vorbereitet kritisierte Strategie zu Kritik.

Bei den **kantonalen Wahlen** mussten die SP zahlreiche Einbussen hinnehmen. Konnten sie zwar im Thurgau (+2) und in Uri (+1) Sitzgewinne in den Parlamenten verbuchen, reduzierte sich ihre Vertretung in St. Gallen von 34 auf 27 Mandate; in Schaffhausen verlor sie zwei Sitze. In Basel-Stadt vermochte sich die SP als stärkste Fraktion zu behaupten. Bei den Regierungsratswahlen verlor die SP in Basel-Stadt, St. Gallen und Schaffhausen insgesamt drei Mandate.

2001

Im Frühling gab die SP bekannt, dass ihre Rechnung für das Jahr 2000 ein Defizit von rund 430 000 Fr. aufweise und sie auf grossangelegte Kampagnen verzichten müsse. Um die **Finanzkrise** zu überwinden, erwog sie eine Passivmitgliedschaft, die nicht zur Mitarbeit auf allen Stufen der Partei verpflichtet. Neue Mitglieder sollten durch die **Monatszeitung links.ch** gewonnen werden, die seit dem Sommer elf mal jährlich in einer Auflage von 50-60 000 Exemplaren erscheint und mit Ausnahme der links-intellektuellen „Roten Revue“ alle bestehenden SP-Mitteilungsblätter ersetzen soll. Eine **Benefizgala** und eine **Auktion** waren im Herbst geplant, wurden jedoch wegen der Swissair-Sondersession auf Februar 2002 verschoben.

Nach nur einem Jahr gab **Ursula Dubois, Zentralsekretärin für Presse und Kommunikation**, ihren **Rücktritt** bekannt. Sie hätte Kommunikationschefin und Chefredaktorin der neuen Mitgliederzeitschrift links.ch werden sollen; das Amt des Pressesprechers wäre an Jean-Philippe Jeannerat gefallen. Interimistisch übernahm SP-Vizepräsident Hans-Jürg Fehr die Chefredaktion von links.ch. Mit Katrin Scheidegger-Ogi erhielt die SP Schweiz erstmals eine **stellvertretende Generalsekretärin**.

An der Delegiertenversammlung von Neuenburg präsentierten die Sozialdemokraten **zwölf**

Thesen zur Bildungsoffensive, mit der sie zur Vereinheitlichung des Bildungsraumes Schweiz aufriefen. Mit 134:74 Stimmen bei 7 Enthaltungen votierten die Anwesenden **überraschend deutlich für die Bewaffnung von Armeeeingehörigen bei Auslandseinsätzen**. Zuvor hatten sich die Genfer, Waadtländer und Tessiner Kantonalparteien gegen diese Revision des Militärgesetzes ausgesprochen. Ein Antrag auf Stimmfreigabe wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Auf Druck von Partei und Öffentlichkeit musste die Zürcher Nationalrätin Barbara Haering den **anonymen Spender** bekannt geben, der ihrem friedenspolitischen Komitee zu Gunsten der Kampagne für die Militärgesetzrevision 100 000 Fr. hatte zukommen lassen. Es stellte sich heraus, dass die Grossbank UBS der FDP 200 000 Fr. zur freien Verfügung übergeben hatte, worauf diese dem linken Pro-Komitee die Hälfte vermachte. Anonymität und Identität der Spenderin führten SP-intern zu intensiven Debatten.

Anfangs Mai thematisierte die SP-Fraktion in einer **Richtungsdebatte** Meinungsverschiedenheiten, aber auch Fragen der Strategie und des internen Arbeitsklimas, die Parteiexponenten angesprochen hatten. Zur Diskussion stand nach der verunglückten Strategie bei der letzten Bundesratswahl auch die Regierungsbeteiligung der Partei und damit verbunden ihr politischer Kurs. Nach ausführlicher Erörterung beschloss die Fraktion, weiterhin eine profiliert linke Politik zu verfolgen und ihre beiden Sitze im Bundesrat zu verteidigen.

Nur eine knappe Woche später präsentierten die Berner Nationalrätin Simonetta Sommaruga, der Historiker Tobias Kästli, der Professor für Politikwissenschaft Wolf Linder und der Könizer Gemeindepräsident Henri Huber im sogenannten **Gurtenmanifest** zehn Thesen für eine neue SP-Politik. Sie forderten unter anderem, die Partei solle ihre Staatsgläubigkeit und Marktskepsis ablegen und die Begrenzung der Zuwanderung akzeptieren. Parteipräsidentin Christiane Brunner bezeichnete das Papier als gute Diskussionsgrundlage, distanzierte sich aber von den Ausführungen über die Sozialpolitik. Der **Gewerkschafter** und Waadtländer Nationalrat **Pierre-Yves Maillard** und drei weitere Linksozialisten warfen den Autoren vor, die Basis zu verraten, welche nichts von der Privatisierung wissen wolle und die Umwandlung der SP in eine vierte bürgerliche Partei zu planen. Welsche Sozialdemokraten unterstrichen, die Betonung linker Positionen habe wenig mit Traditionalismus und überholter Ideologie zu tun, sondern sei eine Überlebensstrategie gegenüber der PdA und der SVP. In einem **Grundsatzpapier** distanzieren sich prominente SP-Mitglieder vom Gurtenmanifest und forderten eine liberale Ausländerpolitik ohne Einwanderungsbeschränkungen.

An der Delegiertenversammlung in Luzern sprachen sich die Anwesenden für die **Post-Initiative** und die Volksinitiative „**Nationalbankgewinne für die AHV**“ aus. Erstere bekämpft Abbaupläne der Post, letztere will im Gegensatz zur Gold-Initiative der SVP nicht Reserven, sondern Gewinne der Nationalbank der AHV zugute kommen lassen.

Im Oktober beschlossen die Sozialdemokraten an ihrer Delegiertenversammlung in Freiburg mit knappem Mehr Stimmfreigabe für die zweite Armeeabschaffungsinitiative der GSoA; die Geschäftsleitung hatte ein Ja empfohlen. Ausserdem lehnten sie gegen den Willen der Parteileitung das **Elektrizitätsmarktgesetz** mit einer Zweidrittelmehrheit ab. Die Parteileitung hatte den Entscheid hinausschieben und die Verordnung abwarten wollen.

An ihrer Delegiertenversammlung in Winterthur beschloss die SP die **Ja-Parole zum Uno-Beitritt** der Schweiz und zur Initiative „für eine kürzere Arbeitszeit“.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** mussten die **Sozialdemokraten** den Verlust von insgesamt 26 Mandaten hinnehmen: Im Aargau, wo sie bisher die stärkste Kraft waren, verloren sie einen Drittel ihrer Sitze (-12) an die SVP und stellen nur noch die drittgrösste Fraktion. In Freiburg büssten sie sechs, in Neuenburg drei und in Genf zwei Mandate ein. Einzig im Wallis gewannen sie drei Sitze hinzu. In den **Regierungsratswahlen** konnte die SP ihre Vertretung halten. In **Lausanne** verzichtete der bisherige SP-Stadtpäsident auf eine erneute Kandidatur und ermöglichte damit, dass erstmals ein Vertreter der Grünen ins Stadtpräsidium gewählt wurde.

2002

Im Frühling trat der Tessiner Nationalrat und Kardiologe Franco Cavalli aus beruflichen Gründen nach zweieinhalb Jahren als **Fraktionschef** zurück. Zu seiner Nachfolgerin wählte die Fraktion die St. Gallerin **Hildegard Fässler**. Fässler ist seit 1997 Nationalrätin und seit 1999 Fraktions-Vizepräsidentin.

Am 30. September gab Bundesrätin **Ruth Dreifuss ihre Demission** auf Ende Jahr bekannt. Die Bundesversammlung wählte die Genfer Staatsrätin Micheline Calmy-Rey zu ihrer Nachfolgerin.

Um ihre Finanzen aufzubessern, führten die Sozialdemokraten Ende Februar einen **Gala-Abend mit Kunstauktion** durch. Die Einnahmen von über 100 000 Fr. übertrafen die Erwartungen und bildeten neben dem positiven Jahresabschluss 2001 einen willkommenen Zustupf im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 2003 – im Jahr 2001 hatte die SP noch mit roten Zahlen gerechnet.

An ihrem Parteitag in Biel beschlossen die Sozialdemokraten die Ja-Parole zur Fristenregelung und die Nein-Parole zur Volksinitiative "für Mutter und Kind". Mit 108:95 Stimmen wiesen sie ein **Diskussionspapier zur Wirtschaft**, an dem die Berner Nationalräte Rudolf Strahm und Simonetta Sommaruga mitgearbeitet hatten, zurück. Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) beurteilte das Papier als zu vage; sie vermisste klare Stellungnahmen zur Deregulierung, Aussenwirtschaftspolitik und Umverteilung. Vertreter der Romandie und der Gewerkschaften hingegen taxierten das Papier als zu wirtschaftsliberal. Einstimmig forderten die Delegierten ferner den Bundesrat in einer Nahost-Resolution auf, sofort alle Rüstungsgeschäfte mit Israel zu suspendieren.

Auf Antrag der Geschäftsleitung lehnten die Sozialdemokraten nach engagierter Diskussion das **Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)** mit 140:78 Stimmen ab; Gewerkschafter und Westschweizer Sozialdemokraten hatten einen Meinungsumschwung erkämpft, nachdem die Mehrheit der Fraktion im Dezember 2000 eine Liberalisierung des Strommarktes noch befürwortet hatte. Bei der Goldinitiative der SVP beschlossen die Delegierten ebenfalls die Nein-Parole; die Geschäftsleitung hatte ein doppeltes Ja für Initiative und Gegenvorschlag beantragt. Schliesslich verabschiedete die SP drei Resolutionen: Die erste forderte die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission, welche die Beziehungen der Schweiz zum Apartheid-Regime in Südafrika unter freiem Zugang zu öffentlichen und privaten Archiven aufarbeiten soll; die zweite verlangte

die Einführung einer nationalen Einheitskrankenkasse und die dritte die sofortige Entlastung von Familien bei den Krankenkassenprämien.

Anfang Juli verlangte die SP in ihrem **Massnahmenpaket "Mit Kindern rechnen"** eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Stärkung der Familien unter anderem durch einheitliche Kinderzulagen und den Abzug des Kindergelds nicht vom steuerbaren Einkommen, sondern direkt vom geschuldeten Steuerbetrag (wie dies in Baselland üblich ist) sowie ein familienfreundliches Lebensumfeld mit kinderfreundlicher Infrastruktur. Ende Monat forderte sie mehr Anlegerschutz und Sicherheit auf den Finanzmärkten. Die Missbräuche der letzten Zeit hätten gezeigt, dass eine Börsenaufsicht, welche nach dem Selbstregulierungsprinzip funktioniert, nicht genüge; nötig sei eine staatliche Finanzmarktaufsicht, wie sie Frankreich, Deutschland und die USA kennen.

Die SP erhob beim Europäischen Patentamt **Einspruch gegen die Patentierung eines Gens**, welches eine zentrale Rolle bei der Entstehung von Brustkrebs spielt. Gene könnten nicht erfunden, sondern nur entdeckt werden. Mit ihrem Einspruch beabsichtigte die SP auch, die Diskussion um die laufende Patentrechtsrevision zu lancieren.

Ende Oktober fassten die Sozialdemokraten die Nein-Parole zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und zur Asylinitiative der SVP. Anschliessend verabschiedeten sie ihre **Wahlplattform 2003 "Gleichheit, soziale Sicherheit und Lebensqualität für alle"** und ein Migrationskonzept. Gegen den Willen der Geschäftsleitung, welche die Plattform im Juni unter dem Titel "Gerechtigkeit, Sicherheit und Lebensqualität für alle" der Öffentlichkeit präsentiert hatte, fanden mit Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und einem Mindesteinkommen von 3000 Fr. radikalere Anträge Eingang; um das Thema öffentliche Sicherheit war im Sommer eine Polemik in der Boulevardpresse entstanden, so dass sich Parteileitung und Bundeshausfraktion zu einer Aussprache und zu anschliessenden Präzisierungen gezwungen sahen. Das Migrationskonzept hatte intern ebenfalls zu Diskussionen geführt: Abweichend von der bisherigen sozialdemokratischen Haltung, welche Personenfreizügigkeit für alle Migrantinnen und Migranten verlangt hatte, sah das Konzept neu eine Begrenzung der Einwanderung aus Ländern ausserhalb des EU-Raums vor. Unternehmen, die Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern anstellen wollten, sollten bestimmte gesetzliche Vorgaben, wie branchenübliche Löhne oder Sprachkurse während der Arbeitszeit, erfüllen. Schliesslich beschlossen die Delegierten, eine Volksinitiative für eine materielle Steuerharmonisierung zu lancieren.

An ihrer Delegiertenversammlung vom Dezember fassten die Sozialdemokraten die **Parolen für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2003**: Nein zur Reform der Volksrechte, welche unter anderem die Einführung einer Einheitsinitiative vorsieht (wobei die SP mit der ihrer Ansicht nach zu hohen Unterschriftenzahl nicht einverstanden war) und Ja zur Anpassung der kantonalen Beiträge für die innerkantonalen Spitalbehandlungen. Nach einer angeregten Diskussion über die von der Leitung der Post im Oktober angekündigte Reorganisation und Reduktion der Briefzentren verabschiedeten die Sozialdemokraten eine Resolution "für einen guten Service public", welche vom Bundesrat den Verzicht auf die geplante Absenkung der Monopolgrenze bei der Briefpost verlangt. Hauptereignis des Parteitags bildete jedoch der Auftritt der wenige Tage zuvor zur Bundesrätin gewählten Micheline Calmy-Rey.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** konnte die SP die Zahl ihrer Mandate halten. Den Gewinnen in Ob- und Nidwalden (2 resp. 1) standen drei Verluste in Glarus gegenüber. In den **Regierungsratswahlen** eroberte sie in Glarus einen zweiten Sitz auf Kosten der SVP. Im Jura stellte sie erstmals zusammen mit den Christlichsozialen die Mehrheit, nachdem die beiden Parteien der FDP und der CVP je ein Mandat abjagen konnten. In der Waadt mussten die Liberalen den Sozialdemokraten den vor vier Jahren abgenommenen Sitz wieder überlassen, allerdings wurde Staatsrätin Francine Jeanprêtre zugunsten ihrer Parteikollegin Anne-Catherine Lyon abgewählt. Die Stadt Winterthur erhielt mit Ernst Wohlwend erstmals einen sozialdemokratischen Stadtpräsidenten.

Nach der Zürcher Gruppierung "Frauen macht Politik (FraP!)", deren Aktivistinnen nun mehrheitlich in der SP tätig sind, löste sich Ende Jahr auch die Frauenliste Basel (FraB) auf. Damit gibt es **praktisch keine feministischen Frauenparteien mehr** in der Schweiz; nur noch in St. Gallen sitzt eine Frauenpartei-Vertreterin im Stadtparlament.

2003

Im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos und des Weltsozialforums in Porto Alegre (Brasilien) plädierten die Sozialdemokraten für eine **Globalisierung der Gerechtigkeit**. Sie seien nicht gegen die Globalisierung, doch gehe es nicht nur um den weltweiten Export von Gütern, sondern auch um den Export von Menschenrechten, demokratischer Teilnahme und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Die SP verurteilte die Kriegsdrohungen der USA gegenüber dem Irak und begrüßte die Haltung des Bundesrates, der die USA in Davos an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen erinnern wollte; nur solle der Bundesrat nicht nur Davos, sondern auch Porto Alegre als offizielles Forum nutzen.

An ihrer Delegiertenversammlung in Landquart (GR) beschlossen die Sozialdemokraten zu allen im Mai zur Abstimmung gelangenden Volksinitiativen die Ja-Parole. Bei der Moratoriumsinitiative machte Bundesrat Moritz Leuenberger durch seine Stimmenthaltung indirekt klar, dass er das Begehren unterstützte, obwohl der Gesamtbundesrat die Vorlage zur Ablehnung empfohlen hatte. Bei der Vorlage zur **Armee XXI** folgten die Delegierten dem Antrag der Parteileitung und beschlossen **Stimmfreigabe**, die Revision des Bevölkerungsschutzes empfahlen sie zur Annahme. In einer Resolution zum Irak-Krieg forderten die Delegierten den Bundesrat auf, militärische Überflüge zu verweigern und im Kriegsfall die Rüstungsgeschäfte mit den USA zu stoppen. Ausserdem sagten sie ihrer Bundesrätin Micheline Calmy-Rey für deren öffentliche Diplomatie, konkret für deren Initiative zu einem humanitären Treffen in Genf, die Unterstützung zu. In ihrer Rede zur Entwicklungspolitik rief Calmy-Rey dazu auf, den Pauperismus in der Welt nicht wie das mit diesem Ausdruck bezeichnete vorindustrielle Massenelend hinzunehmen.

Im Mai eröffneten die **SP-Frauen** mit einer Frauen-Konferenz in Bern ihren Wahlkampf; sie beabsichtigten, bei den Nationalratswahlen gleich viele Sitze zu gewinnen wie ihre männlichen Kollegen. Um dieses Ziel zu erreichen, forderten sie die Kantonalparteien dazu auf, ihre Listen paritätisch zu besetzen; die SP Schweiz solle Kandidatinnen ebenso oft an öffentliche Anlässe und zu Fernsehdiskussionen schicken wie Kandidaten.

An ihrer Delegiertenversammlung in Yverdon (VD) unterstützten die Sozialdemokraten das Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket und sprachen sich für einen starken **Service public** aus. Auf Antrag der JungsozialistInnen verschärften sie eine Resolution der Geschäftsleitung und forderten Bundesrat und Parlament auf, jegliche Privatisierungstendenzen bei der Post zu unterbinden, die Monopolgrenzen nicht weiter zu senken und den Abbau von Poststellen zu stoppen. Bundesrat Moritz Leuenberger wandte erfolglos ein, die Post könne nur dann ein sozialer Arbeitgeber bleiben, wenn sie ihre Dienstleistungen den neuen Kundenbedürfnissen anpasse und rentable Strukturen aufweise.

An einer Medienkonferenz zum Rentenalter und zur **AHV** warf die SP dem Freisinn in Anspielung auf den Vorschlag Bundespräsident Couchepins, das Rentenalter auf 67 zu erhöhen, vor, das Vertrauen des Volkes in die AHV zu schwächen. Um die Altersvorsorge zu sichern, müsse vor allem die AHV gestärkt werden. Bei der zweiten Säule sei dagegen im überobligatorischen Bereich ein Abbau sinnvoll.

Für ihr **Wahlhappening** in Bern übernahm die SP das Motto der deutschen Sozialdemokraten aus deren letztjährigem Wahlkampf: „Job und Kind – wir wollen beides“. In ihrer Rede verlangte Parteipräsidentin Christiane Brunner eine Mutterschaftsversicherung, mehr Krippen und Horte, Tageschulen und Aufgabenhilfen, Steuergutschriften für Familien und höhere Kinderzulagen. Diese Forderungen seien zwar alt, aber immer noch nicht erfüllt. Im Gegensatz zur CVP bestehe eine Familie für die SP nicht zwingend nur aus Mutter, Vater und Kind, sondern umfasse jede Form des Zusammenlebens zwischen Erwachsenen und Kindern. Wichtig sei, dass Eltern wirklich wählen könnten, wie sie Erziehung und Berufsarbeit unter sich aufteilen wollten.

Mit dem **Referendum gegen die 11. AHV-Revision** starteten die Sozialdemokraten Anfang Oktober in die Schlussphase des Wahlkampfs. Erstmals in der Geschichte der AHV habe das Parlament eine reine „Abbauvorlage“ beschlossen, welche vor allem die Frauen, die Witwen sowie die unteren und mittleren Einkommen belaste. In einer Resolution zur Krankenversicherung forderten die SP-Delegierten, nicht ausgeschöpfte Beiträge zur Prämienverbilligung, vor allem der Kinderprämien, einzusetzen. Zudem sollte die Ärzteschaft vermehrt preisgünstige Arzneimittel resp. Generika verschreiben.

Bei den **eidgenössischen Wahlen** konnte die SP ihre Vertretung im Parlament um insgesamt 4 Sitze, 3 davon im Ständerat, erhöhen. Auf die Forderung von SVP-Parteipräsident Ueli Maurer, der SVP einen zweiten Bundesratssitz zuzugestehen, der mit Christoph Blocher (ZH) zu besetzen sei, reagierten die Sozialdemokraten mit Ablehnung. An einer Delegiertenversammlung Ende November bekräftigte die SP-Basis insbesondere angesichts der Drohung der SVP, auch den Sitz von SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey anzugreifen, die Linie der Parteileitung, alles zu unternehmen, um einen Bundesrat Blocher zu verhindern. Obschon die Sozialdemokraten mit ihrer Gesundheitsinitiative im Mai gescheitert waren, entschieden sie sich entgegen der ursprünglichen Absicht der Parteileitung, das Volksbegehren des „Mouvement populaire des familles“ für eine soziale Einheitskrankenkasse zu unterstützen und je nach Ausgang der Parlamentsberatungen das Referendum gegen die Revision des KVG zu ergreifen oder zu unterstützen. Nach der Wahl von Christoph Blocher (svp, ZH) und Hans-Rudolf Merz (fdp, AR) in den Bundesrat erklärte die SP, sie wolle auf diesen Rechtsrutsch mit verstärkter Opposition

reagieren. Bei den **kantonalen Wahlen** eroberte die SP 15 zusätzliche Parlamentsmandate; nach den Regierungsratswahlen ist sie im Kanton AR nicht mehr vertreten; in ZH und in SO gewann sie aber je einen Sitz hinzu.

Im November wählte die Gewerkschaft VPOD SP-Vizepräsidentin Christine Goll (ZH) zu ihrer neuen Präsidentin; Goll stellte ihr Amt in der SP auf Ende Jahr zur Verfügung. Ende Dezember gab **Christiane Brunner** bekannt, sie werde am 6. März 2004 **als Parteipräsidentin zurücktreten**. Sie hatte die Leitung der SP im Herbst 2000 übernommen, als die Partei nach dem Rücktritt von Ursula Koch heillos zerstritten war. Als aussichtsreichster Anwärter auf ihre Nachfolge galt SP-Vizepräsident Hans-Jürg Fehr (SH), Chancen wurden auch Preisüberwacher Werner Marti (GL) eingeräumt. Die Berner Nationalrätin Ursula Wyss wurde als Kandidatin fürs Vizepräsidium gehandelt.

2004

Ende Januar kündigte der Glarner Nationalrat **Werner Marti** seinen **Rücktritt als Preisüberwacher** an. Gleichzeitig gab er seine Kandidatur für das SP-Präsidium bekannt, für das sich bisher einzig der Schaffhauser Nationalrat Hans-Jürg Fehr beworben hatte.

An ihrem ausserordentlichen Parteitag in Basel bestimmten die Sozialdemokraten den Schaffhauser Nationalrat **Hans-Jürg Fehr zum Nachfolger von Parteipräsidentin Christiane Brunner** (GE). Während der als kämpferisch geltende Glarner Werner Marti eher verkrampt und uninspiriert wirkte, vermochte Fehr die Delegierten mit einer beherzten Rede und sachpolitisch engagiertem, in eigener Sache bescheidenem und parteiintern integrativem Auftreten zu überzeugen. Auf Fehr entfielen 531 Stimmen, auf Marti 360. Zu Vizepräsidenten wurden der Gewerkschafter Pierre-Yves Maillard (VD) und Ursula Wyss (BE) gewählt. Im Hinblick auf die Abstimmungen vom Mai beschlossen die Sozialdemokraten ohne Gegenstimme die Ablehnung der 11. AHV-Revision und des Steuerpakets – für den Abstimmungskampf hatte die Geschäftsleitung einen Kredit von 500 000 Fr. gesprochen. Die Mehrwertsteuererhöhung wurde mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen zur Annahme empfohlen. Nach rund dreistündiger Debatte, in der Bundesrätin Micheline Calmy-Rey ihre Partei zu einer in Sozialfragen forschenden Oppositionspolitik ermunterte, da Moritz Leuenberger und sie für diese Dossiers nicht zuständig seien, beschlossen die Delegierten einen pointierteren Linkskurs – der Antrag der Jusos, aus dem Bundesrat auszutreten, blieb chancenlos.

An der Delegiertenversammlung in Schaffhausen von Mitte Juni zog Parteipräsident Hans-Jürg Fehr eine erste, positive Bilanz: Die SP schaffe es nicht nur, bei den Wahlen zuzulegen, so in St. Gallen, Schwyz und im Tessin, sondern auch, mit dem Volks-Nein zur Avanti-Strassenbauvorlage, zur AHV-Revision und zum Steuerpaket Abstimmungen von richtungsweisender Bedeutung zu gewinnen. Diese Erfolge zeigten, dass die unter dem Diktat der SVP stehende bürgerliche Koalition nicht mehrheitsfähig sei und dass man weder gegen die SP noch ohne sie regieren könne, sondern nur mit ihr. Zu allen im September zur Abstimmung gelangenden Vorlagen gaben die Delegierten die Ja-Parole heraus, zum Mutterschaftsurlaub und zu den Einbürgerungsvorlagen einstimmig und diskussionslos, zur Volksinitiative „Postdienste für alle“ mit wenigen Nein-Stimmen. Ausserdem verabschiedeten sie eine Resolution, die den **Verzicht auf den Bau eines**

neuen AKW und auf die Planung von Atommülldeponien verlangt. Bundesrat Moritz Leuenberger hielt ein neues AKW aufgrund der Referendumshürde für unrealistisch, mahnte aber, sich nicht gegen ein Endlager zu stellen.

Im Sommer gerieten der Solothurner Regierungsrat Roberto Zanetti und die Baselstädtische Ständerätin Anita Fetz wegen ihrer Mitgliedschaft im Stiftungsrat der gemeinnützigen Stiftung Pro Facile unter Beschuss, als sich herausstellte, dass ein Teil der Darlehen, welche der Stiftung gewährt worden waren, in hochriskante Hedge-Fonds flossen und dass die beiden SP-Politiker **Wahlkampfspenden** von mehreren zehntausend Franken von Pro Facile entgegen genommen hatten. Die SP-Geschäftsleitung und die Vertreter der Kantonalparteien einigten sich darauf, es letzteren frei zu stellen, wie sie mit Spendengeldern umgehen wollten, für die Wahlen 2007 aber Richtlinien zu erlassen.

Am Parteitag in Naters bei Brig (VS) forderte der ehemalige SP-Präsident Peter Bodenmann bei seinem ersten Auftritt an einer nationalen SP-Versammlung seit seinem Rücktritt vor sieben Jahren eine mutigere Europa-Politik. Nach eingehender Debatte verabschiedeten die Delegierten ein Positionspapier, das den Bundesrat auffordert, nach der Inkraftsetzung der Bilateralen II noch in der laufenden Legislaturperiode **Beitrittsverhandlungen mit der EU** aufzunehmen; die konkreten Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft könnten erst nach Abschluss der Verhandlungen beurteilt werden. In einem Thesenpapier „Umverteilung und Gleichstellung“ billigten die Sozialdemokraten eine Reihe von Vorschlägen, die von einer Steuerreform über die Entlastung von Familien, der effektiven Gleichstellung zwischen Mann und Frau bis hin zur Strukturreform der Altersvorsorge sowie zu Massnahmen gegen die Armut reichten. Für die Abstimmung vom November gaben die Delegierten mit 297:87 Stimmen die Nein-Parole zur NFA heraus; es überwogen die Warnungen vor der Gefahr des Sozialabbaus bei den Behindertenheimen, sollte sich der Bund bei deren Finanzierung zurückziehen. Diskussionslos stimmte die SP der neuen Finanzordnung zu. Auch beim Stammzellenforschungsgesetz setzten sich die Befürworter mit 246:101 Stimmen durch; die Geschäftsleitung hatte aus Respekt gegenüber persönlichen ethischen Werthaltungen für Stimmfreigabe plädiert, doch zeigte der Appell an die Verantwortung der Politik von Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, in deren Amtszeit die Vorlage erarbeitet worden war, Wirkung.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** erzielten die Sozialdemokraten insgesamt 22 zusätzliche Sitze: acht in St. Gallen, sieben in Basel-Stadt, vier in Schwyz, drei in Schaffhausen und einen im Thurgau; in Uri mussten sie einen Sitz abtreten. In den Regierungsratswahlen in Basel-Stadt ersetzte Eva Herzog (sp) den zurücktretenden Liberalen Ueli Vischer, in St. Gallen verdrängte Heidi Hanselmann (sp) den Christlichdemokraten Anton Grüniger, und in Uri schaffte die SP mit Markus Züst nach 1999 wieder den Sprung in die Regierung.

2005

An ihrer Delegiertenversammlung in La Chaux-de-Fonds (NE) sprachen sich die Sozialdemokraten mit 161:0 Stimmen bei vier Enthaltungen **für die Abkommen von Schengen und Dublin** aus, nicht zuletzt in der Hoffnung, damit weiteren Verschärfungen des Asylgesetzes vorzubeugen. Die Ja-Parole zum Partnerschaftsgesetz fiel ebenfalls einstimmig aus.

Anschliessend verabschiedete die SP zehn Thesen zur Regionalpolitik, in denen sie sich zu einer vielfältigen Schweiz bekannte. Voraussetzung dafür seien ein flächendeckender Service public und eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf den Stärken und Potenzialen der jeweiligen Regionen aufbaue. Angenommen wurden zudem eine Resolution der SP Frauen für eine zweckgebundene Erbschaftssteuer zur Finanzierung von Pflegekosten und eine Resolution für ein besseres Zusammenleben der Kulturen und Religionen in der Schweiz.

In einem Grundsatzpapier kritisierte die SP die vom Bundesrat vorgeschlagene Anpassung der **Armee XXI**. Da die Hauptaufgabe der Armee aus linker Sicht nicht mehr in der autonomen Landesverteidigung, sondern im Engagement für friedensunterstützende Missionen der Staatengemeinschaft bestehe, schlugen die Sozialdemokraten die Bildung einer rund 1500-köpfigen Task-Force vor, die permanent im Ausland eingesetzt werden könne. Zur Erfüllung der Grundaufgaben genüge eine Armee ohne allgemeine Wehrpflicht mit 50 000 statt der bisher 220 000 Angehörigen (12 000 Berufs- und Zeitsoldaten, 38 000 Soldaten bei der freiwilligen Miliz, 4000 Zivilangestellte und 500 Lehrlinge); diese koste mit höchstens 2,5 Mia Fr. nur etwas mehr als die Hälfte der über 4 Mia Fr., welche zur Zeit aufgewendet würden.

Ende Juni sprachen sich die Sozialdemokraten in Freiburg nach einem engagierten Plädoyer des St. Galler Nationalrats und Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Paul Rechsteiner, mit 161:3 Stimmen bei einer Enthaltung **für die Ausdehnung des freien Personenverkehrs** auf die zehn neuen EU-Staaten aus. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution der Westschweizer Kantonalparteien verlangten die Delegierten jedoch von den Kantonsbehörden mehr effiziente Kontrollen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Einstimmig beschlossen wurde auch die Unterstützung der SGB-Initiative für ein flexibles Pensionierungsalter ab 62. Vor dem Hintergrund der Erfolge von Rot-Grün bei den kantonalen Wahlen erklärte Parteipräsident Fehr, dass die Linke legitimiert sei, einen dritten Sitz im Bundesrat zu fordern, sollte sich der positive Trend bei den nächsten eidgenössischen Wahlen fortsetzen.

Im Juli wechselte der **Mediensprecher der SP**, Jean-Philippe Jeannerat, als stellvertretender Informationschef ins EDA. Zu seiner Nachfolgerin ernannte die Parteileitung die 46-jährige Jurassierin Claudine Gaudat, welche bei der Schweizerischen Depeschagentur, als Sprecherin beim UVEK und als Medienverantwortliche bei der Auslandschweizer-Organisation gearbeitet hatte.

Nach einer langwierigen Debatte mit über 60 Änderungsanträgen verabschiedeten die Sozialdemokraten in Rapperswil (SG) mit 115:25 Stimmen ein unter der Leitung von Anita Fetz (BS) ausgearbeitetes **Positionspapier zur Hochschulpolitik**. Die JungsozialistInnen und die Zürcher Kantonalpartei hatten vergeblich die Rückweisung des Papiers beantragt, da Effizienzsteigerung und Konzentration des Studienangebots, Bologna-Reform und Finanzierung staatlicher Hochschulangebote durch private Sponsoren ihrer Meinung nach traditionellen sozialdemokratischen Anliegen widersprachen. Bei der Parolenfassung zur Sonntagsarbeit in Geschäften in Bahnhöfen und Flughäfen setzte sich der ablehnende Gewerkschaftsflügel mit 130:13 Stimmen klar gegen die urban-liberaleren, jüngeren Parteimitglieder durch. Ohne Gegenstimme bei nur wenigen Enthaltungen unterstützten die Delegierten die Volksinitiative für ein fünfjähriges Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft.

Auf Vorschlag der Parteileitung wählten die Sozialdemokraten den 30-jährigen St. Galler Juristen **Thomas Christen zum neuen Generalsekretär** und Nachfolger von Reto Gamma (UR), der sich aus gesundheitlichen Gründen nach fünfjähriger Amtszeit zum Rücktritt gezwungen sah. Christen, früher Generalsekretär der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz, hatte 2002 im SP-Zentralsekretariat als Helfer im Wahlkampagnenteam angefangen und war dann als stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Abteilung Kampagnen und Kommunikation tätig gewesen.

Im Oktober stellte die SP eine erste Fassung ihres **erneuerten Wirtschaftskonzepts** vor, das eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Nationalräte Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) und Jean-Noël Rey (VS) formuliert hatte. Oberstes Ziel bilde die Vollbeschäftigung. Dazu müsse die Schweiz zur wirtschaftlichen Spitze aufrücken, was nur mit mehr Bildung und Ökologie, Nachfragesteigerung dank stärkerer Kaufkraft für kleine und mittlere Einkommen und eine EU-kompatible Wirtschaftspolitik zu erreichen sei. Gemäss Rey sei es Zeit, um mit grundlegenden Reformen den Kapitalismus auf seinen Platz zu verweisen; Marktwirtschaft sei nötig, nicht aber eine Marktgesellschaft, in der alles dem Wettbewerbsprinzip untergeordnet sei.

An ihrer Delegiertenversammlung in Bern sprachen sich die Sozialdemokraten in einer Resolution gegen die Privatisierung der Swisscom aus und drohten, allfällige Bestrebungen mit einem Referendum zu bekämpfen. Fast einstimmig fiel der Beschluss zum Referendum gegen das revidierte Asylgesetz aus, Unterstützung fand auch das von den Grünen ergriffene Referendum gegen die Revision des Ausländergesetzes. Mit 157:2 Stimmen verabschiedete die SP anschliessend den ersten Teil ihrer „**Europa-Plattform**“, worin sie die rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU verlangte. Der von der Geschäftsleitung vorgelegte Plattformentwurf enthielt Vorschläge für eine Reihe von Reformen, die ihrer Meinung nach bei einem Beitritt zwingend nötig resp. auch unabhängig davon sinnvoll seien, so die Verlängerung der Amtszeit des Bundespräsidenten, neu abgegrenzte Departemente, zwei zusätzliche Bundesräte und vom Parlament gewählte Staatssekretäre, ständige parlamentarische Europakommissionen mit abschliessenden Entscheidungskompetenzen, ein Berufsparlament und die Einführung einer Europa-Initiative, welche die Schweiz zu einem bestimmten Handeln in der EU verpflichten würde. – Den zweiten Teil der Plattform, der unter anderem die Ersetzung des Schweizerfrankens durch den Euro, das tiefe schweizerische Zinsniveau und die Verdoppelung der Mehrwertsteuer thematisiert, wollen die Sozialdemokraten im kommenden Jahr behandeln.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** büsste die SP insgesamt 18 Sitze ein: zwölf in Solothurn und sechs im Aargau (in beiden Kantonen waren die Parlamente verkleinert worden); den zwei Verlusten in Genf standen zwei Gewinne in Neuenburg gegenüber, und im Wallis konnte sie ihre Vertretung halten. In den Regierungsratswahlen in Solothurn wurde **Roberto Zanetti** (sp) nach nur zwei Amtsjahren **abgewählt**. Gemäss Presse war ihm sein Engagement bei der im Sommer 2004 in die Schlagzeilen geratenen gemeinnützigen Stiftung Pro Facile und die aus diesem Umfeld entgegengenommenen Wahlkampfspenden zum Verhängnis geworden.